Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48. Montag, den 26. Februar 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Im Namen der Menschlichkeit.

Der russische Zarismus hat unendlich viel auf dem Gewissen. Die Blutschuld zahlreicher Generationen, denen er den Weg zur Freiheit versperrt, die endlose Zahl der Hingemordeten und Eingekerkerten, die Not des ausgesogenen und ausgeplünderten Volkes, die verbrecherischen Anschläge und Raubzüge gegen fremde Völkerschaften und Staaten — all dies lastet auf den unverantwortlichen korrupten Leitern der Zarenregierung, denen die Gegenrevolution zu neuer Macht verholfen hat. Unaufhaltsam schreitet der Prozeß der russischen Reaktion vorwärts, gestützt auf die Vertretung der besitzenden und privilegierten Klassen, die in der bestehenden Regierungsform den sichersten Rückhalt für ihre eigennützigen Bestrebungen und volksfeindlichen Interessen sehen. Unaufhaltsam, scheint es, schreitet auch der Prozeß der Verwilderung und Korrumpierung des öffentlichen Lebens vorwärts, wo allein den Pogromisten, den wütendsten Rassenhetzern und Chauvinisten ein ungehinderter Spielraum gegeben ist. Aber gerade in dem Augenblick, wo sich die Sieger der Gegenrevolution auf der Höhe ihrer Macht dünken, und in verblendetem Größenwahn ihre blutbesudelten Hände nach neuen Eroberungen, nach neuem Länderraub ausstrecken, tritt ihnen aus den Tiefen des Volkslebens eine Bewegung entgegen, die getragen von der Avantgarde der kämpfenden Arbeiterklasse den Siegern des Staatsstreichs ein drohendes Menetekel entgegenruft.

Es ist im höchsten Grade charakteristisch, daß sich die Konsolidierung der revolutionären Arbeiterbewegung in Rußland unter der Losung der Befreiung der unschuldig eingekerkerten sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma vollzieht. Tausende von Arbeitern im ganzen Reiche haben in Massenversammlungen die Forderung aufgestellt, daß die Revision in dem Prozesse der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten eingeleitet und diese Märtyrer der russischen Freiheit in ihre Rechte wieder eingesetzt werden. Das unterbrochene Band der Bewegung ist nun wieder aufgenommen. Nach 4½jähriger Kirchhofsruhe im Reiche, die nur unterbrochen wurde durch die Greuel der Gegenrevolution, unterziehen die Arbeiter Rußlands den Staatsstreich vom 16. Juni 1906 einer gründlichen Revision und ziehen diejenigen zur Verantwortung, die auf diesem Verbrechen ihre Macht begründet. Nach 4½ Jahren treten wieder die Schatten der eingekerkerten Volksvertreter anklagend und Gerechtigkeit heischend an die Öffentlichkeit und wecken die Erinnerung an das Justizverbrechen, das den Zaren und seinen Ministern als Vorwand zur Sprengung der zweiten Duma und zur Aufoktroyierung des reaktionären Wahlgesetzes gedient. Nicht alle Opfer dieses Justizverbrechens sind heute am Leben. Dschaparidse und Dehugeli sind den Schrecknissen des Gefängnisregimes zum Opfer gefallen. Macharadse ist irrsinnig geworden und in einem Irrenhause interniert. Zeretelli und Lomtatidse liegen schwerkrank an der Schwindsucht darnieder. Die übrigen von den 31 Abgeordneten sind in den Katorgagefängnissen und in den Einöden Ostsibiriens zerstreut. Und doch stehen sie heute als Ankläger vor der Regierung und den herrschenden Klassen, die auch jetzt wie bei der Verübung ihres Verbrechens hinter verschlossenen Türen und in der Ausschließung der Öffentlichkeit Schutz suchen.

Die Bewegung zugunsten des Wiederaufnahmeverfahrens im Prozeß der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten setzte bereits vor einigen Monaten, gleich nach der Eröffnung der Herbstsession der Duma ein. In der Sitzung vom 17./30. Oktober vorigen Jahres erklärte das Mitglied der Kadettenpartei, Rechtsanwalt Teßlenko, der Berichterstatter der Kommission der zweiten Duma gewesen war, die die Regierungsanklage gegen die sozialdemokratische Fraktion zu prüfen hatte:

„Die Kommission der zweiten Duma kam zur Überzeugung, zur einmütigen Überzeugung, daß es sich hier keineswegs um eine Verschwörung der Sozialdemokraten, sondern um eine Verschwörung der Petersburger Schutzabteilung gegen die zweite Reichsduma gehandelt hat. Als der Kommissionsbericht, auf dokumentarischen Unterlagen gegründet, fertig war, wurde die Reichsduma am Tage vor seiner Verlesung von dieser Tribüne aufgelöst und die Kommission vermochte nicht darzulegen, was sie aufgedeckt hatte. Als der Prozeß begann und als die angeklagten 55 Mitglieder der Reichsduma die Forderung stellten, daß der Prozeß bei offenen Türen verhandelt werde, damit die öffentliche Meinung erfahre, daß nicht sie, sondern die Petersburger Schutzabteilung verbrecherisch gehandelt habe, wurden die Türen geschlossen, und die Gesellschaft hat nie erfahren, was der wirkliche Sachverhalt war. Das Urteil wurde von einem Gericht gefällt, dessen Charakter uns allen bekannt ist.“ Diese Kundgebung des liberalen Abgeordneten bestätigte im Grunde nur, was von den verurteilten Abgeordneten schon längst verkündet worden war. Die politische Bedeutung dieser Kundgebung war aber umso größer, als sie mit den Enthüllungen des früheren Agenten der Petersburger Geheimpolizei Boleslaus Brodski zusammenfiel, der auf Befehl des Chefs der Schutzabteilung General Gerassimow die Unterlagen für den Scheinprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion beschafft hatte. Der reuemütige Lockspitzel verlangte in einem Gesuch vom 15. September v. J. an den Zaren, den Justiz- und Innenminister, daß er wegen seiner verbrecherischen Taten dem Gericht übergeben werde. Das Ergebnis war aber nur, daß sich der Chef der russischen Auslandspolizei in Paris bei Brodski einfand und ihn zu bewegen suchte, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen, weil dabei doch nichts herauskommen würde. Diese Voraussage des Chefs der russischen Lockspitzel im Auslande bestätigte sich auch. Der Justizminister erwiderte Brodski in einem Schreiben vom 17. Oktober 1911 ad. Nr. 53 876, daß seine Forderung des Wiederaufnahmeverfahrens in dem Prozeß gegen die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten unberücksichtigt gelassen worden sei. Die sozialdemokratische Dumafraktion, der sich auch in der Folge die Kadettenfraktion anschloß, nahm diese Forderung auf. Gestützt auf die Kundgebung von Teßlenko und die Enthüllungen von Brodski, verlangte sie, daß die Regierung Aufklärung gebe über das provokatorische Treiben der Petersburger Schutzabteilung, die mit Hilfe ihres Agenten Brodski den Anschein zu erwecken suchte, als sei die sozialdemokratische Dumafraktion in verschwörerischen Beziehungen zu der Petersburger Militärorganisation gestanden. Die Mehrheitsparteien der Duma suchten die Erörterung dieser Interpellation um jeden Preis zu verhindern. Sie setzten es durch, daß jedesmal, wenn die Sozialdemokraten ihre Interpellation einbrachten, die Türen geschlossen wurden, damit das verbrecherische Dunkel, welches die Regierung von Anfang her über diesen Prozeß gebreitet und welches auch im besonderen Gerichtshof des Senates sorgfältig gehütet wurde, auch in der dritten Duma nicht gelüftet wurde. Einige Tage lang währte der Kampf der kleinen sozialdemokratischen Fraktion gegen die Erben des Staatsstreiches, die in begreiflicher Scham die Wurzeln ihres Ursprunges nicht aufdecken lassen wollten und sich zum Schutzwall der Justizverbrechens der Regierung aufwarfen. Die Interpellation wurde schließlich an eine Kommission überwiesen, wo sie kürzlich, gleichfalls hinter geschlossenen Türen und in Abwesenheit der Vertreter der Opposition abgewürgt wurde. Diese Szene, die das Werk der Dumamehrheit krönt, verdient ausführlicher behandelt zu werden. Die Mehrheit der Dumakommission verkündete in ihrem Bericht, der mit seinen Fälschungen und Tatsachenverdrehungen dem gesamten Anklagematerial gegen die Fraktion würdig zur Seite gestellt werden kann, daß die „revolutionäre Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma unabhängig von der Militärorganisation festgestellt worden sei.“ Der Hauptpunkt der Anklage, wegen welcher die sozialdemokratische Dumafraktion auf der Katorga schmachtet, ist also von den Regierungsparteien selbst vollkommen fallen gelassen worden. Bisher war der sozialdemokratischen Dumafraktion gerade die „Verschwörung“ mit der Militärorganisation, für die Brodski und andere Lockspitzel das nötige Material zu beschaffen suchten, inkriminiert worden. Der Zar selbst verkündete in seinem verbrecherischen Manifest vom 16. Juni 1907, das den Staatsstreich ankündigte: Es geschah eine Tat, die in den Annalen der Geschichte ohnegleichen dasteht. Die Gerichtsbehörden haben eine Verschwörung aufgedeckt, die ein Teil der Reichsduma gegen den Staat und die Zarengewalt angezettelt hat.“ Und nun verlassen mit einem Male die in die Enge getriebenen Verteidiger der Regierung den Boden dieser Anklage, die nach den Enthüllungen der letzten Zeit vollkommen unhaltbar geworden ist. Sie ziehen aber aus dieser Situation nicht die nötigen Konsequenzen, indem sie wegen der juristischen Unhaltbarkeit des Urteils die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens fordern. Sie verschanzen sich im Gegenteil hinter politischen Bedenken, indem sie klipp und klar anerkennen, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht wegen ihrer angeblichen Verschwörung verurteilt worden ist, sondern wegen der politischen Richtung, die sie in der zweiten Duma vertrat. Damit ist endgültig dargetan, daß man es in dem „Hochverratsprozeß“ gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma mit einem politischen Tendenzprozeß schlimmster Art zu tun hat. Seinerzeit hielt Stolypin es für notwendig, diesem Racheakt gegen die Vertreter der konsequenten Opposition ein Mäntelchen umzuhängen, indem er die Fraktion, die strengstens an ihrer gesetzlichen Position festhielt und der Reaktion keinen Anlaß zum Einschreiten bot, durch ein raffiniertes System von Fälschungen und Provokationen durch seine gefälligen Senatoren auf die Katorga und in die Verbannung schicken ließ. Nun hält die dritte Duma als Sachwalterin der Staatsstreichregierung es nicht mehr für notwendig und möglich, das Märchen des Hochverratsprozesses aufrecht zu erhalten. Offen und klar sind nun die Richtlinien gegeben. Die Dumamehrheit schloß die Türen der Duma, weil sie das provokatorische Machwerk der Regierung nicht der Kritik der Öffentlichkeit auszusetzen wagte. Die Dumamehrheit gab die Anklage der Verschwörung preis und verkündete offen, daß die sozialdemokratische Fraktion wegen ihrer politischen Tätigkeit in der Duma im Kerker schmachtet. Und die Dumamehrheit lehnte endlich die Interpellation ab und bewies dadurch schlagend, daß sie nicht gewillt ist, durch das Wiederaufnahmeverfahren in dem Prozesse ihren provokatorischen Ursprung vor aller Öffentlichkeit nachweisen zu lassen.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, um die gewaltige politische Bedeutung der Bewegung zugunsten des Wiederaufnahmeverfahrens im Prozesse der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten nachzuweisen, so hat die schmähliche Haltung der herrschenden Parteien diesen Beweis geliefert. Die Forderung der russischen Arbeiter: „Gebt uns unsere Abgeordneten wieder!“ ist von nun ab auf das engste verknüpft mit dem Wiederaufleben der revolutionären Bewegung in Rußland. Mögen die Herrschenden sich hinter den geschlossenen Türen der Duma verkriechen, mögen sie durch gefällige Parlamentarier und eine käufliche Presse die Wahrheit auch gewaltsam zu unterdrücken suchen, mögen sie auf ihre momentane Gewaltstellung pochend, der Forderung der Gerechtigkeit höhnisch die Stirne bieten, — die Fäuste der russischen Arbeiter, die an den verschlossenen Toren des Regierungsparlaments hämmern, der Schrei nach Gerechtigkeit, der im ganzen Reiche erschallt und die zerstreuten Bataillone der Kämpfer sammelt, wird die Sieger des Staatsstreiches aus ihren Positionen herausschlagen.

Auch der Widerhall, den dieses größte Verbrechen des Jahrhunderts außerhalb des Zarenreiches gefunden hat und der im Steigen begriffen ist, wird auf diese Bewegung, die an der Schwelle neuer großer Ereignisse steht, nicht ohne Einwirkung bleiben. Das Internationale Sozialistische Bureau hat bereits im Dezember die Anregung für eine Protestbewegung der gesamten Internationale in in dieser Angelegenheit gegeben. In Frankreich, Belgien, Finnland und nun auch in Deutschland ist diese Bewegung bereits eingeleitet worden. Im Interesse der unschuldig verurteilten russischen Abgeordneten, noch mehr aber im Interesse der anschwellenden revolutionären Bewegung in Rußland begrüßen wir diese Bewegung, die die russische Arbeiterklasse zu neuen Kämpfen anspornen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mehr Steuern für das Volk!
Mehr Knechtschaft für die Lehrer!

Das war die Parole, unter der in diesem Jahre die bekannte Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer tagte, die vor drei Jahren den Professor Adolf Wagner wegen seines Eintretens für die Erbschaftssteuer ausgepfiffen hat. Graf Kanitz, der konservative Parteiführer, tadelte die preußische Novelle zum Einkommensteuergesetz besonders, weil sie die Stufen bis 1500 Mk. wegen der Teuerung von Zuschlägen fernhält, denn die Teuerung sei nur ein sozialdemokratisches Schlagwort, und das ganze Gesetz sei ein staatssozialistisches Experiment.

Professor v. Rümchen und Rittergutsbesitzer Ackermann-Salisch zogen gegen die Lehrer los, die sich auf dem Lande über ihre Umgebung erhöben und sich Räder anschafften, um nach der Stadt fahren zu können. Herr Ackermann behauptete, die Lehrer seien höchstens zu 20 Prozent konservativ, zu 70 Prozent liberal und zu 10 Prozent sozialdemokratisch. Reden, wie sie in der Vereinigung der Steuerreformer gehalten werden, sind jedenfalls sehr geeignet, den sozialdemokratischen Prozentsatz unter den Lehrern zu vermehren. Insbesondere dürfte die Aufforderung des Herrn Ackermann, der Unterrichtsminister möge das von ihm entworfene Bild prüfen, also der politischen Gesinnung der Lehrer nachschnüffeln, ihre aufklärende Wirkung nicht verfehlen.

Die Wahlfreiheit der Beamten.

Die Reichseisenbahnverwaltung hat vor den Wahlen eine Verordnung über das außerdienstliche Verhalten der Angestellten hinausgegeben. Diese Verordnung, die auf

eine Einschränkung der Wahlfreiheit der Beamten und Angestellten hinausläuft, haben unsere Genossen im elsaß-lothringischen Landtage zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, die am Freitag verhandelt wurde. Genosse Emmel bezeichnete die Verordnung als einen Verstoß gegen das Vereins- und Koalitionsrecht. Die Generaldirektion der Reichseisenbahnen hat sich damit einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Die Regierung bestritt dem Landtage das Recht, sich mit dieser Angelegenheit, die vor den Reichstag gehöre, zu befassen. Das Zentrum vertrat den Standpunkt, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen oder sich sozialdemokratisch betätigen dürfe. Der liberale Abgeordnete Wolf trat im Gegensatz hierzu für die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten ein. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die politische Bevormundung der Beamten erklärt. Dagegen wurde der Antrag, die Generaldirektion strafrechtlich zu verfolgen, abgelehnt.

Steuerschacher.

Die Regierung scheint mit den liberalen Parteien Unterhandlungen über die neuen Steuern eingeleitet zu haben. Darauf läßt die folgende Meldung der „Berliner Volkszeitung" schließen:

„Im Laufe der Besprechungen, die bisher zwischen der Regierung und Vertretern der Linken des Reichstages über die Wiedereinbringung der Erbanfallsteuer stattgefunden haben, ist von liberaler Seite darauf hingewiesen worden, daß eine Bewilligung der Erbanfallsteuer die Aufhebung einiger der schlimmsten, durch die Reichsfinanzreform eingeführten Steuern zur Folge haben müßte. Besonders wurden in diesem Zusammenhang der Scheckstempel und die Zündholzsteuer genannt."

Wie das genannte Blatt im Anschluß hieran mitteilt, ist jedoch bei der Regierung keinerlei Geneigtheit vorhanden, der Aufhebung einer dieser Steuern zuzustimmen.

Der rote Vizepräsident.

In einem von den Herren Liebert und Bovenschen unterzeichneten Nachruf für den kürzlich verstorbenen zweiten Vorsitzenden des Reichsverbandes, den Erfurter Landgerichtsrat Hagemann, schreibt die neueste Nummer der Reichsverbandskorrespondenz (Nr. 18 vom 17. Februar 1912), daß der Verstorbene an den Vorgängen bei der Präsidentenwahl im Reichstage „schwer getragen" habe; diese Vorgänge, so heißt es weiter wörtlich „mögen nicht wenig dazu mitgewirkt haben, daß ein von treuer Vaterlandsliebe erfülltes Herz so unerwartet schnell zu schlagen aufhörte."

Daß die Wahl Scheidemanns zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages auch noch an dem Tode ihres früheren Fraktionsmitgliedes Hagemann die Schuld tragen soll, das haben sich die Nationalliberalen, die dem roten Vize ihre Stimmen gaben, ganz gewiß nicht träumen lassen!

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Genosse Liebknecht legte am Sonnabend die gänzlich unzulängliche Besoldung der Hilfsgerichtsdiener dar, was einen Regierungsvertreter zu der Erwiderung veranlaßte, es bedürfe nicht erst der Anregung des Abgeordneten Liebknecht, damit die Regierung ihr Wohlwollen für diese Beamten betätige. Der Justizminister erlaubte sich die ganz ungehörige Bemerkung, ihm scheine, daß der Abgeordnete Liebknecht das Wort nicht ergreifen könne, ohne einen scharfen Angriff gegen die Justizverwaltung zu richten. Durch den Schluß der Debatte wurde es dem Genossen Liebknecht unmöglich gemacht, dem Minister die Antwort zu geben, die ihm gebührt. — Im übrigen wies Genosse Liebknecht aus der Statistik nach, daß die Religion zur Bekämpfung des Verbrechens nichts beiträgt. — Alsdann entspann sich eine Diskussion über den Fall Herrmann, wobei ein Regierungsvertreter äußerte, man dürfe noch nicht von Mord und Totschlag reden, da der Fall noch nicht aufgeklärt sei.

Nach Erledigung des Justizetats in zweiter Lesung wurde ein Gesetz angenommen, das der Regierung Mittel bewilligt zur Erweiterung von Bergwerksanlagen in Westfalen und zum Ankauf von Aktien der Rheinschiffahrtsgesellschaft in Köln. Genosse Hoffmann legte im Namen der Sozialdemokratie dar, daß wir das Gesetz als Abschlagszahlung zur Enteignung des Privatkapitals gutheißen.

Der Kampf um die kommenden Steuervorlagen.

Der Hansabund kündigt einen scharfen Kampf an für den Fall, daß die Erbschaftssteuer aufgegeben und dafür neue Steuern vorgeschlagen werden sollten, welche direkt und indirekt die Industrie, den Handelsstand, das Gewerbe und das Handwerk von neuem einseitig belasten würden.

Die Arbeiten der Wahlprüfungskommission.

Zu diesem Thema teilt die „Konservative Korrespondenz" mit:

„Die Wahlprüfungskommission des Reichstags wird ihre nächste Sitzung zur Behandlung geschäftlicher Fragen am Mittwoch, dem 28. Februar, abhalten. Es sollen zunächst diejenigen Mandate geprüft werden, bei denen die Abgeordneten mit sehr geringer Mehrheit gewählt worden sind. Es sind das die Abgg. Dr. Becker (gewählt in Alzey-Bingen), Koelsch (Natl.), gewählt in Kehl-Offenburg, Kaempf (Fortschr. Vp.), gewählt in Berlin I und Haupt (Soz.), gewählt in Jerichow I und II."

Diese Information hat das konservative Blatt offenbar von dem konservativen Vorsitzenden der Kommission, dem Abg. v. Brockhausen, in dessen Händen die Verteilung der Referate liegt. Die Mehrheit der in Frage kommenden Abgg. beträgt: Becker 2 Stimmen, Koelsch 8 Stimmen, Kaempf 9 Stimmen und Haupt 7 Stimmen. Diesen Wahlen muß noch sofort hinzugefügt werden die des Reichsverbändlers Liebert, der mit der imposanten Mehrheit von 23 Stimmen gewählt ist. Wenn in diesen Fällen keine Beweiserhebung sich nötig macht, dann kann die Entscheidung über diese Wahlen noch vor den Osterferien herbeigeführt werden.

Der Ausweg aus den Steuerängsten.

Die Regierung scheint in der Tat vor den Drohungen der Konservativen und des Zentrums zu Kreuze kriechen zu wollen. Wenigstens will die „Berliner Volkszeitung" authentisch folgendes erfahren haben:

„Die Regierung willigt in eine Änderung des Artikels 4 des Etatsgesetzes, der die Verwendung der Überschüsse bestimmt, dahin, daß diese Überschüsse für Deckung jener Ausgaben (Wehrvorlagen) herangezogen werden dürfen. Dagegen verpflichtet sich der Reichstag, nach zwei Jahren in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Überschüsse weiterhin in der bisherigen Höhe zu erwarten sind. Wird diese Frage erneut und erfüllt sich damit die Voraussage des Reichsschatzsekretärs, daß die Höhe der Überschüsse bald nachlassen werde, so hat der Reichstag so viel an neuen Steuern zu bewilligen, als zum Ausgleich erforderlich ist.

Durch eine derartige Bestimmung werde, so meint man, die Erklärung des Reichsschatzsekretärs: Keine Ausgaben ohne Deckung! grundsätzlich anerkannt, und das könne ihm einstweilen genügen. Daß man im Zentrum und auf der Rechten geneigt sein wird, einer derartigen Lösung zuzustimmen, daran ist nicht zu zweifeln."

Diese Kombination hat manches für sich, denn der erste Etatsredner des Zentrums, Abgeordneter Speck, hat sich bereits so ähnlich ausgelassen. Von einer Tilgung der Reichsschulden würde man dann allerdings absehen müssen. Diese betragen ja auch „nur" 5 Milliarden Mark!

Die „Wahrheitsliebe" des Zentrums

trat bei den Debatten über die Interpellation betr. den Kartoffelzoll wieder in helle Beleuchtung. Die agrarische Ausbeutungswut, von der das Zentrum beseelt ist, wirkt in Arbeiterkreisen doch gar zu abstoßend. Da kommt es denn vor, daß die Zentrumsabgeordneten, die nur durch Arbeiterstimmen gewählt wurden, die Taten des Zentrums verleugnen. So erging es auch am Donnerstag Herrn Johannes Giesberts, der ja noch immer den Arbeiterkreis Essen im Reichstage vertritt. Nach dem Parlamentsbericht der „Germania" sagte er: „Im übrigen hat uns ja der Herr Staatssekretär bestätigt, daß es bei den Zolltarifkämpfen gerade das Zentrum gewesen ist, das sich alle Mühe gegeben hat, die Kartoffeln freizuhalten." Dieser Satz stieß auf heftigen Widerspruch bei unseren Genossen, weil das Gegenteil wahr ist. Der Staatssekretär hatte nur gesagt, daß die Regierung sich gegen den Kartoffelzoll gesträubt hat. Denn in der Vorlage war ein Kartoffelzoll nicht gefordert.

Anders dachten die Agrarier. Der Bund der Landwirte forderte in seiner Petition vom 1. November 1901, der Ziffer folgenden Wortlaut zu geben: „Kartoffel in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 12 Mk., vom 1. August bis 14. Februar 1 Mk." Das schien den unter Führung des Grafen von Spee stehenden christlichen Bauernvereinen noch zu wenig. Sie forderten zu setzen: „Kartoffel vom 15. Februar bis 31. Juli: Generaltarif 20 Mk.; Minimaltarif 15 Mk." Diese Petition gab in der Kommission den Anlaß, daß die Agrarier trotz des energischen Widerspruchs der Regierung den Kartoffelzoll forderten und beschlossen. Der Antrag lautet wie folgt:

„Drucksache Nr. 82. Brockmann, Gamp, Dr. Heim, Herold, Müller (Fulda), Graf Schwerin-Löwitz, Dr. Spahn. Die Kommission wolle beschließen, II. 23 des Zolltarifs wie folgt zu fassen: Kartoffeln frisch, in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 2,50 Mk., vom 1. August bis 14. Februar frei."

Im Protokoll wird ausgeführt: „Herold will den Anbau von Frühkartoffeln dem Inlande erhalten; dieser könne beim Zollschutz noch bedeutend gesteigert werden. Beim Abschluß von Handelsverträgen soll man den Zoll nicht herabsetzen."

Nun wird Giesberts wohl nicht leugnen, daß die Herren Brockmann, Dr. Heim, Herold, Müller-Fulda und Spahn zum Zentrum gehörten. Für sie waren speziell die Bauern und nicht die Kartoffelesser die Schutzbedürftigen. Freilich haben die letzten Wahlen etwas aufregend gewirkt. Da müssen denn die Abgeordneten, die mehr Kartoffelesser als Kartoffelbauern vertreten, behaupten, daß das Zentrum für Zollfreiheit der Kartoffel eingetreten ist, obwohl sie wissen können, daß in den Protokollen das Gegenteil steht.

Der Rudolstädter Landtag,

der bekanntlich eine sozialdemokratische Majorität besitzt, wurde vom Staatsminister Freiherrn v. d. Recke mit einer Rede eröffnet, in der die an den Landtag kommenden Vorlagen und Gesetzentwürfe angekündigt wurden. Der Staatsminister ist trotz des Ausfalls der Wahl seiner bisherigen reaktionären Politik treu geblieben. Er kündigte einen Gesetzentwurf über eine Steuerreform an, die mit einer Verschlechterung des Wahlrechts zum Landtag verbunden sein soll. Schon in der vorigen Legislaturperiode erschien der nämliche Plan. Die reaktionären bürgerlichen Parteien im Landtage hatten damals im Einverständnis mit der Regierung den Versuch gemacht, die Steuerreform mit dem Wahlrecht der Höchstbesteuerten zu verknüpfen. Man wollte die Zahl der höchstbesteuerten Wähler um mehrere Hundert reduzieren, um sie in die Klasse der allgemeinen Wähler schieben zu können. Auf diese Weise hofften die Regierung und die Bürgerlichen, mit ihren nun in der allgemeinen Klasse eingereihten Wählern uns mehrere Wahlkreise abnehmen und einflußlos machen zu können. Unsere Genossen brachten damals den sauberen Plan zu Fall, indem sie Obstruktion trieben und jedesmal vor der Abstimmung den Sitzungssaal verließen, so daß der Landtag beschlußunfähig war. Darauf erklärten die bürgerlichen Parteien, daß sie nunmehr auch kein Interesse an einer Steuerreform hätten und es wurde beim alten gelassen, obwohl eine Steuerreform für Schwarzburg-Rudolstadt dringend nötig ist. Jetzt soll sich dieses Schauspiel wiederholen, aber die Regierung wird dabei keine Lorbeeren ernten, denn unsere in der Majorität befindlichen Genossen werden alles daransetzen, die Wahlrechtsverschlechterung zu verhindern und ein besseres Steuergesetz zu schaffen, selbst wenn die Regierung die Möglichkeit einer Landtagsauflösung ins Auge fassen sollte.

Kleine politische Nachrichten.

Persien hat sich jetzt der russisch-englischen Herrschaft unterworfen. — In Marokko hat ein blutiger Kampf zwischen französischen Truppen und Marokkanern stattgefunden, bei dem die Franzosen vollständig geschlagen wurden. — Die sogenannte Gesellschaft der Unerschrockenen in China hat Juanschikai davon benachrichtigt, daß sie mit den Waffen in der Hand gegen die Republik kämpfen würden. Der Gesellschaft gehören als tätige Mitglieder Tschaverhsuen und Prinz Tsaitse an. — Aus El Paso an der texanischen Grenze wird gemeldet, General Orozco habe die Führung der Revolution und die vorläufige Präsidentschaft Mexikos übernommen. Vielfach wird die baldige Abdankung Maderos erwartet.

Der Raubkrieg

scheint nach den an Wahnsinn grenzenden Vorgängen in der italienischen Kammer wieder aufzuleben. Die Italiener haben Sonnabend vor Beirut zwei türkische Kriegsschiffe zum Sinken gebracht und dann die Stadt bombardiert.

Das türkische Ministerium des Innern veröffentlicht über das Bombardement von Beirut folgenden Bericht: Sonnabend früh 7 Uhr erschienen zwei italienische Panzer vom Typ des „Vittorio Emanuele" und zwei Transportschiffe vor Beirut und verlangten die Übergabe des Kanonenboots „Avn Illah" und des Torpedobootes „Angora". Die türkischen Schiffe machten sich unverzüglich kampffertig, während die Behörden über die von dem italienischen Kontreadmiral gesandte Note beratschlagten. Noch bevor die von den Italienern gesetzte Frist abgelaufen war, begannen die italienischen Schiffe das Bombardement. Die türkischen Schiffe verteidigten sich tapfer. Das Kanonenboot wurde von mehreren Kugeln getroffen und fing Feuer. Der Kessel explodierte. Die Mannschaft wurde mit den Waffen so schnell wie möglich ausgeschifft. Nachdem „Avn-Illah" wie „Angora" zum Sinken gebracht worden waren, entfernten sich die feindlichen Schiffe, kehrten nach zwei Stunden wieder zurück und bombardierten die treibenden Schiffe von neuem. Ein Geschoß schlug in das Gebäude der Banque Ottomane ein und beschädigte es. Dann entfernten sich die italienischen Schiffe. Die Bevölkerung war im ersten Augenblick von einer großen Erregung ergriffen. Doch dank den schnell getroffenen Maßnahmen wurde die Ordnung wieder hergestellt. Der Wali machte einen Rundgang durch die Stadt und veröffentlichte eine Proklamation. Es gelang ihm, die Bevölkerung zu beruhigen.

Das Reutersche Bureau bringt eine ähnliche Meldung, aus der hervorgeht, daß dem Gouverneur nicht einmal die Zeit gelassen wurde, über die Angelegenheit zu verhandeln.

Eine spätere Meldung besagt: Bei dem Bombardement auf die beiden türkischen Kriegsschiffe erlitt die Bank von Saloniki schwere Beschädigungen. Einige Granatsplitter flogen bis in die internationalen Postämter, die sofort geräumt wurden. Das Haus der Deutschen Palästinabank wurde leicht beschädigt. Als die italienischen Schiffe zurückkehrten, um die Überreste der türkischen Schiffe zu vernichten, gaben sie noch einige Schüsse auf die Ottomanbank ab, die schwer beschädigt wurde. Der Hafen bietet ein Bild der Verwüstung. Die Zahl der Toten und Verletzten wird auf 150 geschätzt. Auch ein belgischer Untertan ist verletzt worden. Die türkischen Behörden veranlaßten sofort ein militärisches Aufgebot und gaben sich die erdenklichste Mühe, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Starke Militärpatrouillen durchziehen die Straßen. Die europäischen Hotels, Konsulate und die Missionen wurden sofort militärisch besetzt. Das italienische Geschwader manövriert auf hoher See; man befürchtet, daß es den Hafen blockieren werde. Deutsche Untertanen sind bei dem Bombardement nicht zu Schaden gekommen.

Die italienische Aktion hat sämtliche Europäer in die größte Gefahr gebracht. Die maßlos erregte Menge war zu jedem Schritt gegen die Fremden entschlossen. Wenn es hierzu nicht gekommen ist, so ist dies der türkischen Regierung zu verdanken, die große Umsicht bewies. Metzeleien, die versucht wurden, wurden sofort unterdrückt. Von Damaskus sind zwei Infanterie-Regimenter und eine Schwadron Dragoner herangezogen worden.

Die Pforte beschloß als Antwort auf das Vorgehen Italiens alle in der Türkei lebenden Italiener auszuweisen.

Trotzdem die Nachricht von dem Bombardement durch eine Reihe aus verschiedensten Quellen stammender Meldungen bestätigt wird, bestreitet der italienische Kommandant schlankweg das Bombardement. Allerdings wird das nicht viel nützen; den italienischen Nachrichten traut niemand mehr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

[Montag, den 26. Februar.]

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützmühle H. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. Nach den vom Reichs-Versicherungsamt kürzlich aufgestellten Grundsätzen regelt sich die Zahlung an Empfänger, die sich gewöhnlich im Ausland aufhalten, wie folgt: Die Zahlung erfolgt tunlichst unter Berücksichtigung der Wünsche des Empfängers und auf dessen Gefahr und Kosten. An Empfänger in ausländischen Grenzgebieten, für die das Ruhen der Rente ausgeschlossen ist, kann durch eine dem Wohnorte des Empfängers benachbarte deutsche Postanstalt gezahlt werden. Bevollmächtigt der Rentenberechtigte eine im Inlande wohnende Person zum Empfang des Geldes, so kann

die Rente durch die für diese zuständige deutsche Postanstalt gezahlt werden. Die Bescheinigungen auf den Quittungen über Leben, fortdauernden Witwenstand usw. sind für Angehörige des Deutschen Reiches durch die Vertretung des Deutschen Reiches im Auslande (Gesandtschaft, Konsulat), für Ausländer durch die zuständigen ausländischen Behörden auszustellen. Letztere bedürfen noch der gesandtschaftlichen oder konsularischen Legalisation.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Jahresbericht der Ortsgruppe Lübeck. Das verflossene Geschäftsjahr hat mit der Aufklärung über die Alkoholfrage in der Arbeiterbewegung nicht das gebracht, was wohl wünschenswert gewesen wäre. Aber alle schriftlichen Gesuche, Vorträge über die Alkoholfrage in den Gewerkschaften und Parteiorganisationen zu halten, wurden unter den Einfluß der Reichstagswahlen zurückgestellt. In den Gewerkschaften wurde der Alkoholfrage recht mäßiges Interesse zuteil. 7 Vorträge wurden gehalten. Die Vorträge verteilten sich auf folgende Gewerkschaften: Maler, Böttcher, Holzarbeiter, Steinsetzer, Zimmerer, Schmiede und Metallarbeiter. Außerhalb Lübecks fand eine öffentliche Volksversammlung in Schwartau statt, die einigermaßen besucht war. Aus dieser Veranstaltung hatten wir fünf Neuaufnahmen zu verzeichnen. Ferner sollte ein Vortrag im sozialdemokratischen Verein Stockelsdorf gehalten werden. Die Versammlung war so schwach besucht, daß der Vortrag von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Hierbei hielten es die Parteigenossen noch nicht einmal für ihre Pflicht hinzukommen, die als Abstinent bei den Guttemplern organisiert waren. Des weiteren wurde ein Rundschreiben an die Gewerkschaften, in dem ein Vortrag über die Alkoholfrage unsererseits gehalten wurde, gerichtet, ihrer Verbandspresse eines unserer Flugblätter als einmalige Beilage einzulegen. Trotzdem die Kosten sehr gering gewesen wären, wurde von unserm Anerbieten kein Gebrauch gemacht. Erfreulich war der Broschürenverkauf, der weit besser war, wie in den voraufgegangenen Jahren; ist es doch das beste Werbemittel, wenn die Abstinenzliteratur unter den Massen verbreitet wird. Wie in den vorigen Jahren, so wurde auch in diesem Jahre ein schriftliches Gesuch an das Maifeier- resp. Gewerschaftsausflug-Komitee gerichtetet, keinen Schnaps auf dem Festplatze gemäß dem Leipziger Parteitagsbeschlusse auszuschenken. Leider sah man auf dem Festplatze noch Zelte mit „Helgoländer Halb und Halb". An Mitgliedern hatte der Verein 9 Zunahmen zu verzeichnen; nach den örtlichen Verhältnissen sehr bescheiden, aber die Werbearbeit für unsern Bund, um neue Mitglieder zu gewinnen, ist auf dem Gebiet der Abstinenz nicht so leicht. Weiter sind eine Anzahl organisierter Arbeiter, die Abstinent werden, in den bürgerlichen Abstinenzvereinen organisiert. Auf verschiedenen Parteitagen wurde darauf hingewiesen, daß organisierte Arbeiter, die Abstinent werden, sich dem Arbeiter-Abstinenten-Bund anzuschließen haben.

Beförderung von Personen mit ansteckenden Krankheiten. Um geäußerten Wünschen zu entsprechen, werden auf Anforderung auch für den Wagen zur Beförderung von Personen mit ansteckenden Krankheiten jedesmal drei Decken zum Einhüllen und Bedecken der Kranken zur Verfügung gestellt werden. Die Decken werden nach jedesmaligem Gebrauch desinfiziert werden. Die Gebühr für Benutzung des Wagens erhöht sich durch die Gestellung der Decken um 1.80 Mark. Bei jeder Bestellung des Wagens für Beförderung von Personen mit ansteckenden Krankheiten ist anzugeben, ob Decken gewünscht werden oder nicht.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der ersten Hälfte des Monats Februar in den meisten deutschen Städten nicht unerheblich verschlechtert. Wenigstens ist in der Woche vom 4. bis zum 10. Februar die Sterblichkeit fast überall etwas gestiegen. Auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet betrug die Sterblichkeit von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Altona 20,6, Berlin 16,5, Braunschweig 16,4, Bremen 14,4, Breslau —, Charlottenburg —, Dresden 17,8, Frankfurt a. M. 13,0, Hamburg 16,5, Hannover 14,6, Kiel 14,1, Köln 15,2, Leipzig 14,2, Lübeck 24,2, Magdeburg 16,4, München 16 8, Nürnberg —, Rixdorf —, Schöneberg —, Stettin —, Wiesbaden 14,4.

Mauereinsturz. Man schreibt uns: Am Donnerstag, dem 22. Februar, stürzte auf einem Neubau des Maurermeisters Lüth in der Meierstraße ein 10 Meter langer und 5 Meter hoher Giebel ein. Schwere Folgen hätte es für 4 Maurer und Passanten des Nachbargrundstücks haben können, aber zum Glück war niemand auf dem Hofe, als die Mauer umschlug, anwesend. Sonst wären diese Leute unbarmherzig zermalmt worden. Zwei Maurer standen zwar oben auf dem Giebel und zwar auf dem Gerüst; einer von denen, die obenauf standen, wurde ein ganzes Stück fortgeschleudert, die anderen wurden ebenfalls in die Tiefe gerissen. Zum Glück hat niemand ernsthaften Schaden erlitten. Die Leute konnten ihre Arbeit fortsetzen. Was waren nun die Ursachen des Unfalles? Wie Schreiber dieses sich selbst überzeugt hat, können die Ursachen nur darin liegen, daß das Mauerwerk, ein Stein stark, ohne jegliche Absteifung mit nassen Steinen fünf Meter und der Giebel auf stehender Verzahnung ohne jegliche Verbindung nach innen und an den Ecken aufgemauert wurde. Die Leitung des Baues hätte unbedingt soviel Fachkenntnis besitzen müssen, um zu wissen, daß die geringste Erschütterung, welche das Gerüst erleidet, einen Einsturz zur Folge haben konnte. Aber hier scheint auch der Grundsatz maßgebend zu sein: Der Profit geht über alles.

Zurückhalten des Urins. Jetzt im Winter, wo jeder gern seines Weges läuft, ohne sich aufzuhalten, erwächst unter anderen Gefahren die Gefahr zu oftmaliger Harnverhaltung. Man will eben warten, bis man zu Hause ist. Diese Harnverhaltung kann sehr schwere Nachteile haben. Die schädlichen Folgen bestehen zunächst in einer übermäßigen Ausdehnung der Blase und Krämpfen des Schließmuskels. Soll dann die Entleerung erfolgen, so bedarf es oft großer Anstrengung des Muskels, der die Zusammenziehung der Blase bewirkt, und es kann eine krampfhafte Veränderung entstehen. Da es hauptsächlich junge Menschen, besonders Mädchen sind, die gerade in dem in Frage kommenden Alter auch an Ernährungsstörungen und Störungen im Blutkreislauf (Bleichsucht, Blutarmut usw.) leiden, so kann das die Ursache mancher späteren Leiden sein. Schule und Haus sollten in dieser Angelegenheit noch aufklärend wirken, um die falsche Scham zu beseitigen.

Der Zirkus Sarrasani. Man schreibt uns: Der sich für den Sommer dieses Jahres auch bei uns zu einem Gastspiele angemeldet hat, weilt seit zwei Monaten in Berlin und trägt im eigenen Riesenbau einen für die Berliner Zirkusgeschichte beispiellosen Erfolg davon, der umso höher anzuschlagen ist, als der Sieg gegen die beiden bekannten ständigen Berliner Unternehmen erfochten werden mußte. Sarrasani wird dasselbe Programm, das augenblicklich in Berlin das Tagesgespräch der weitesten Kreise ist, auch zu uns bringen. Sarrasani wird als Europas Rekordzirkus gefeiert und mit Recht. Ein Marstall von mehr als 200 Pferden steht dem Unternehmen nach Übernahme des Königlich Niederländischen Zirkusses Oskar Carre zur Verfügung, dazu kommt die einzigartige Fülle der exotischen Tiere, deren Dressuren dem Zirkus Sarrassani neben dem Glanze der fremdländischen Kunst eine ernste wissenschaftliche Note geben. Sarrasani ist in seiner heutigen Aufmachung eine „Weltschau" im weitesten und ursprünglichsten Sinne, er vereinigt Menschen- und Tierscharen aus fünf Erdteilen, in all ihrem charakteristischen Können.

Handelsregister. Am 24. Februar 1912 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft H. u. J. Brüggen in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann H. G. Brüggen in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen des Klempnermeisters J. H. K. Westphal in Lübeck, Engelswisch 16, ist am 23. Februar 1912, nachmittags 11½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Prieß in Lübeck ist zum Konkursverwalter ernannt.

pb. **Diebstahl.** Am 25. d. M. zwischen 7 und 9½ Uhr abends sind aus dem Hause Kaiser-Friedrichstraße Nr. 5 folgende Gegenstände gestohlen worden: 1 goldene Damen-Schlüsseluhr, 1 goldene Brille, 5 silberne Eßlöffel, 1 silberner Suppenlöffel, 2 silberne Gabeln, 3 silberne Kinderlöffel, 1 eiserne Kassette mit einem 20-Mark-Stück und 2 Kupons der Lüb. Prämien-Anleihe von 1863, Serie 1196, 1 Scheckbuch der Dresdner Bank, 1 Scheckbrief der Privatbank, 1 Quittungsbuch des Vorschuß- und Sparvereins und eine Aktie der Lübecker Badeanstalt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag geht die Lustspiel-Novität „Die Rheinnixe" von Heinrich Stobitzer zum erstenmale in Szene. Aus dem Vers: „Wer nicht liebt, Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang", wurde „Die Rheinnixe" geboren. Der Autor hat sein persönliches Erscheinen zur Erstaufführung am Dienstag zugesagt. In den Hauptrollen sind die Damen Wuttke, Hilbrecht, Kabisch, Gerlach, sowie die Herren Hoß, Schweisguth, Brunow, Schürer, Albert, Heydecker und Pauly beschäftigt. — Am Mittwoch, abends 8½ Uhr, wird Rechtsanwalt Häßler im Marmor-Saal des Theater-Saalbaues einen einführenden Vortrag über die Oper „Eugen Onegin" von Tschaikowsky halten. Das Mitglied unseres Opern-Ensembles, Herr Arnold Langefeld wird gleichzeitig mehrere Pièces aus der Oper zu Gehör bringen.

Eutin. Es geht ganz einfach. In Oldenburg macht ein freisinniges Blatt Propaganda für den Anschluß an Preußen, und begründet seine Ansicht folgendermaßen:

„Das trotz seines jahrhundertelangen Wachstums immer noch kleine Oldenburg ist nicht in der Lage, die natürlichen Kräfte seines Landes, insbesondere die Gunst seiner Küstenlage, genügend zu verwerten. Dazu gehören die Mittel eines größeren Staates, und dieser größere Staat ist Preußen. Vertragsmäßige Eingliederung in den preußischen Staat scheint mir der gegebene nächste Schritt in der Entwickelung Oldenburgs zu sein. Erforderlich wären hierzu: 1. Vertrag zwischen Regierung (Großherzog) und Volk (Landtag) von Oldenburg. 2. Vertrag zwischen Oldenburg (Regierung und Volk) und Preußen (Regierung und Volk). Es würde zunächst genügen, die prinzipielle Frage zu entscheiden. Die Ordnung der Einzelheiten könnte nach der Eingliederung Oldenburgs in Preußen erfolgen. Ihrem jetzigen Landesherrn könnten die Oldenburger ihre Anerkennung dadurch bezeugen, daß sie ihren neuen Landesherrn, den König von Preußen, bäten, ihn zum Statthalter (Oberpräsidenten) der neuen Provinz Oldenburg zu ernennen."

Also Entthronung des Monarchen, der allerdings als Beamter angestellt werden soll. Grund: Bessere Verwertung der Küstenlage. Revolution natürlich unnötig, geschäftliche Auseinandersetzung genügt, nach dem Vorbild Norwegens, wo man nach Wilhelms II. treffendem Ausspruch der Dynastie ihre Entlassung „mittels Einschreibebrief" mitgeteilt hat. Und die „Rhein.-Westf. Ztg." begrüßt diesen Vorschlag begeistert als Abkehr vom Partikularismus und Sieg des deutschen Einheitsgedankens!

Hamburg. Der Naturschutzpark in der Lüneburger Heide. Der Naturschutzpark bei Wilsede in der Lüneburger Heide kann jetzt als „einigermaßen gesichert" betrachtet werden, wie der hamburgische Senat in einer Vorlage an die Bürgerschaft betr. Bewilligung einer fortlaufenden Unterstützung von jährlich 10 000 Mk. an den Verein Naturschutzpark mitteilt. Das Unternehmen ist namentlich dadurch sehr gefördert worden, daß die preußische Regierung sich nach einigem Zögern bereit erklärt hat, die fiskalischen Forsten, deren Umfang etwa ein Drittel des gesamten Parkareals von ungefähr 4 Quadratmeilen und rund 22 500 Hektar ausmacht, dem Vereinsgebiet anzugliedern. Die in das Parkgebiet einzubeziehenden fiskalischen Forsten sollen bis auf weiteres unter staatlicher Verwaltung verbleiben, doch hat die Forstverwaltung zugesagt, bei der Bewirtschaftung und Nutzung dieses Gebietes den Wünschen des Vereins nach Möglichkeit Rechnung tragen zu wollen, obwohl dabei für den Forstfiskus ein erheblicher Ausfall entstehen wird. Zum Ankauf der Ländereien gebraucht der Verein insgesamt 2 700 000 Mk., wovon 120 000 Mk. bereits verausgabt sind, 460 000 Mk. durch eine erste Geldlotterie eingenommen sind und 940 000 Mk. durch eine zweite Lotterie erworben werden sollen. Es würden darnach noch 1 180 000 Mark aufzubringen sein, welche gegen Einräumung von Hypotheken auf die Grundstücke des Vereins beschafft werden sollen. Man rechnet für Verzinsung und Amortisation des Darlehns, Verwaltungskosten usw. mit einem jährlichen Aufwande von 84 000 Mk., für dessen Deckung zunächst die jährlichen Beiträge der Bundesstaaten und Kommunalverbände verwendet werden sollen, während der Rest aus den Vereinsbeiträgen gedeckt werden soll. Der Senat resumiert sich dahin, daß wenn auch hiernach für die Schaffung des Heideparkes zurzeit noch keine völlig sichere Gewähr geboten sei, der Verein Naturschutzpark, dessen Mitgliederbestand sich inzwischen auf rund 12 000 vermehrt habe, im Laufe des letzten Jahres seinem Ziele wesentlich nähergerückt sei, sodaß sich die Gewährung eines jährlichen Beitrages von 10 000 Mk. an den Verein rechtfertige.

Hamburg. Großfeuer im Proviantmagazin der Hamburg-Amerika-Linie. Das überaus wertvolle Wäschelager der Hamburg-Amerika-Linie ist am Sonntag morgen fast vollständig ein Raub der Flammen geworden. Nur ein Posten mäßig beschädigtes Leinenzeug, größere Partien stark angebrannter und ein auf den Hof geworfener Berg fast verbrannter Wäsche sind von dem Inhalt des Raumes, der mit 1 300 000 Mark versichert ist, nachgeblieben. Im dem Auguste-Viktorie-Kai stehenden massiven Gebäude, das mit ungeheuren Vorräten für den Bedarf der Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie, nach Abteilungen übersichtlich geordnet, angehäuft ist, nimmt den größten Teil des zweiten Obergeschosses die Wäscheabteilung ein. Kurz nach 6 Uhr schlugen aus allen fünf Fenstern, deren Scheiben zersprungen und deren Glas teilweise sogar geschmolzen war, Flammen weit über den Kanal hinaus. Wenn man nicht böswillige Brandstiftung vermuten will, wozu aber kein Verdachtsgrund vorliegt, so ist nur anzunehmen, daß ein zum Verreiben von Terpentinöl gebrauchter Lappen im Lager liegen geblieben ist und sich selbst entzündet hat. Ein Kanister, das Terpentinöl enthalten hat, fand man in der Ecke des Brandherdes vor

Altona. Vor der Abreise nach Amerika verhaftet. In Altona wurde auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei der Bäckermeister Albert J. aus Oberschöneweide bei Berlin verhaftet, als er mit seiner Frau nach Amerika entfliehen wollte. Der Bäckermeister wurde seit einiger Zeit von der Polizei wegen Kautionsschwindels gesucht. Er hatte sein Vermögen verloren und suchte sich durch Filialgründungen in Oberschöneweide über Wasser zu halten. Er mietete Läden, die er in der Regel für das erste Vierteljahr umsonst bekam, schaffte sich die Einrichtungen auf Abzahlung an, und setzte dann Werkmeister und Verkäuferinnen ein, denen er 300 bis 400 Mk. Bürgschaft abnahm. Als er in seiner Wohnung verhaftet werden sollte, war er verschwunden. Er hatte in kurzer Zeit seine Angestellten um mehrere tausend Mark geschädigt.

Güstrow. Ein Zusammenstoß zweier Güterzüge fand gestern abend 8 Uhr bei der Station Ventschow statt. Der von Kleinen kommende Güterzug fuhr auf den auf der Station haltenden Güterzug 6002, wobei acht Wagen zertrümmert, die eine Maschine erheblich beschädigt und der Zugführer Kuhlmann aus Schwerin schwer verletzt wurde. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Bremen. Feuer im Ratskeller. Im Ratskeller brach während der Nacht ein Feuer aus, das einen Teil des Inventars vernichtete. Glücklicherweise funktionierten die automatischen Feuermelder, sodaß, bevor das Feuer größere Ausdehnung nehmen konnte, die Feuerwehr den Brand löschen konnte. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht festgestellt werden.

Bremerhaven. Die Seeleute und die Reichstagswahl. Bekanntlich konnten bei der letzten Reichstagswahl 920 Seeleute allein in Lehe von ihrem Wahlrecht deshalb keinen Gebrauch machen, weil sie ortsabwesend waren. Diese Tatsache gibt dem „Seemann" zu folgender berechtigter Bemerkung Veranlassung: Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß aus demselben Grunde mindestens 15000 bis 20000 deutschen Seeleuten das Reichstagswahlrecht indirekt geraubt wird. Jedenfalls wird ihnen die Stimmabgabe illusorisch gemacht. In einigen europäischen und außereuropäischen Seestaaten hat man Mittel und Wege gefunden, um auch den am Wahltage auf der Reise befindlichen Seeleuten die Abgabe ihrer Stimmen zu ermöglichen. Was dort möglich ist, dürfte in Deutschland doch nicht unmöglich sein. Man verlangt doch vom deutschen Seemann auch direkte und indirekte Steuern. Hoffentlich ergreift die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion in dieser doch immerhin nicht ganz unwichtigen Frage einmal selbst die Initiative und macht entsprechende Vorschläge. Zu wünschen wäre es und zeitgemäß wäre eine solche Anregung jedenfalls auch.

Theater und Musik.

Im Neuen **Stadttheater** gastierte gestern abend Herr Karl Erb vom Stuttgarter Hoftheater als „Lohengrin" vor ausverkauftem Hause. Der Künstler, der unter der Direktion Kurtscholz mehrere Jahre an unserer Bühne wirkte und sich glänzend entwickelte, zählt den Gralsritter zu seinen besten Partien. Hoheitsvoll in der Darstellung, prächtig in der äußeren Erscheinung, singt Erb den Lohengrin auch mit dem richtigen zwingenden Ausdruck. Das ausgiebige klangschöne Organ, das früher ein ausgesprochen lyrischer Tenor war, hat eine dunklere Färbung angenommen, die dem heroischen Charakter des Lohengrin mehr entspricht. Die bedeutende Leistung Erbs wurde durch andauernden Beifall und reiche Blumenspenden ausgezeichnet. Eine liebliche, gesanglich und schauspielerisch gleich gute Elsa schuf Frl. Widhalm. Die Besetzung der übrigen Rollen war die bekannte, meistens lobenswerte. Trotz einiger mißlicher Umstände konnte die Vorstellung in anerkennenswerter Weise zu Ende geführt werden.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 24. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55—1,60, Hasen —,— Mk., Enten 4,00—4,50 Mk. Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken Stück —,— Mk., Tauben Stück 0,60—0,70 Pf., Gänse Pfd. 0,65 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,85—0,95 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier Stück 10—11 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche wenig, Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 50—60 Pf., Hechte Pfd. 60—70 Pf., Barsche Pfd. 50—60 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk. Karautschen Pfd. — Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,——0,— Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel. verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 24. Februar.

Weizen, 128—134 Pfd. holl. 203—208 Mk. **Roggen** 120—125 Pfd., holl. 188—190 Mk., **Gerste,** nach Qualität 195—205 Mk. **Hafer,** nach Qualität, 198—204 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 24. Februar.

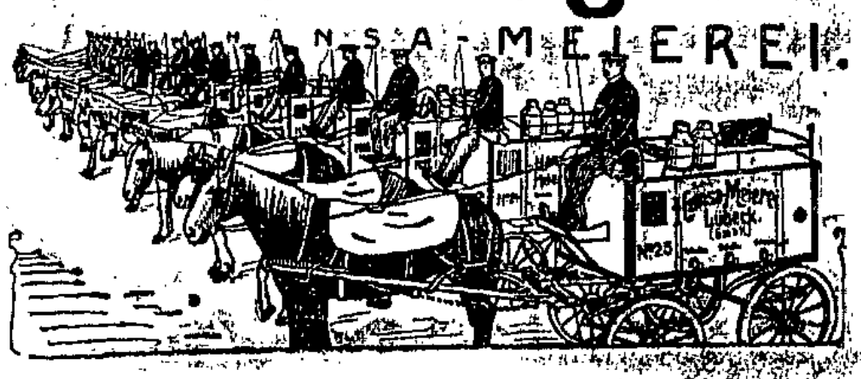
Auftrieb 5275 Schweine. Markt rege geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 61,— bis 62,— (49,— bis 49,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 60,— bis 61,— (—,— bis 48,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 59,— bis 60,50 (46,— bis 47,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 59,— bis 60,— (46,— bis 47,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,— bis 56,00 (39,50 bis 42,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 56,— bis 57,00 (45,— bis 45,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 50,00 bis 54,00 (39,00 bis 42,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Die Wagen



der

führen pasteurisierte Milch. Die Milch (Rahm) wird in der Hansameierei gereinigt, dann in geeigneten besonderen Pasteurisierapparaten auf ca. 85° C. erhitzt und nach der Erhitzung sofort mittels Kühlmaschine, Kunstkühlung, (eventl. bis auf Gefrierpunkt) abgekühlt. Wir empfehlen diese pasteurisierte (keimfrei gemachte Milch ohne Kochgeschmack) mit Rücksicht auf die Veröffentlichungen des Medizinalamtes. Bei den Verkäufern pasteurisierte Milchverlangen. Absoluter Schutz vor Ansteckung.

Hansa-Meierei

Die pasteurisierte Milch wird ohne Preisaufschlag abgegeben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Mitgliedschaft Lübeck.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 27. Februar 1912

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.

Tages-Ordnung:

Beratung der Anträge zum Verbandstag in Breslau.

In dieser Versammlung soll beraten werden, welche Anträge wir bezüglich des Statuts (Unterstützungssätze, Beitrag 2c.) an den Verbandstag stellen wollen. Es liegt deshalb im eigenen Interesse eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Sanitätsverband

der freien Hilfskassen Lübecks.

Außerordentliche

General-Versammlung

Donnerstag, 29. Februar 1912

abends 8¾ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die freien Hilfskassen zur Reichsversicherungsordnung? Referent: Arbeitersekretär P. Hoff.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

NB. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Vorstandsmitglieder der freien Hilfskassen Lübecks hierdurch eingeladen. D. O.

Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, 27. Febr.

abends 8¼ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Differenzen der Werkstatt Peters und Schulz.
2. Wahl von Delegierten zum Gautag.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Kalnbergs

UNIVERSUM.

Treffpunkt aller fröhlichen Menschen!

Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

Entree 20 Pfg.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgeg.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 27. Februar

abends 8½ Uhr

i. Lokale d. Hrn. Paetau, Fackenbg.

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Täglich abends 8½ Uhr.

Gastspiel

Harry Walden

im

Herzog v. Westminster

Vorher:

Das glänzende Variete-Progr.

Sonntag nachmittag 4 Uhr:

Große Fremden- und Familien-Vorstellung

zu ermäßigten Preisen.

Auftreten sämtlicher Künstler.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 28. Februar

abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

21. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**

Solist: Herr Konzertmeister S. Rosenthal.

Opern-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Tannhäuser-Phantasie — R. Wagner.

Ouverture zu „Die Hugenotten" G. Meyerbeer.

Carmen-Suite Nr. 1 G. Bizet.

Matrosenchor aus „Der fliegende Holländer" R. Wagner.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

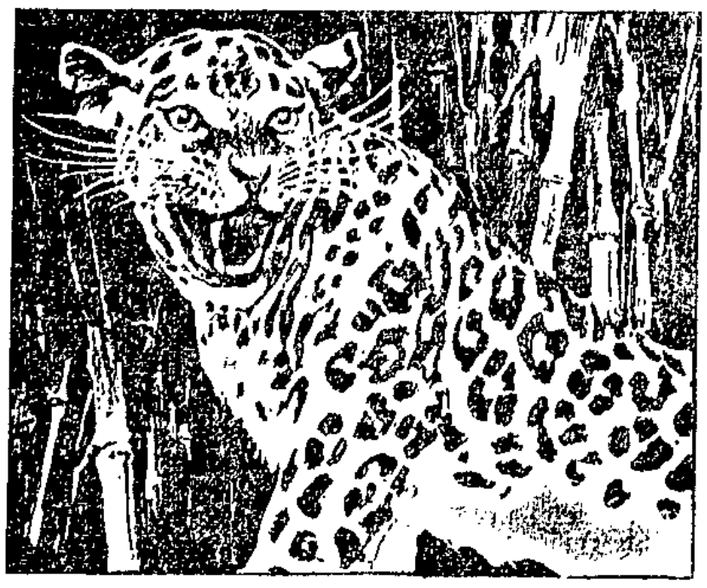
Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Jede Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er verstehtes, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

80000 Exemplare bereits verkauft

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer **„Brehm"** liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Gefl. ausfüllen **Bestellschein** und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichnete... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich ist eine Lieferung zuzustellen. Dasselbe, komplett in 1 Band für M. 6.— (Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Zentralverband der proletarischen Freidenker Deutschlands.

Am Mittwoch, dem 28. Februar 1912

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Was lehrt uns proletarischen Freidenkern als Sozialdemokraten das Ergebnis der letzten Reichstagswahl?

Referent: Schriftsteller Andr. Kalnbach, Hamburg.

Freie Aussprache.

Arbeiterinnen, Arbeiter, erscheint in Massen!

Der Einberufer.

Schwartau-Rensefeld

Gemütlicher Abend

der organisierten Frauen

am Mittwoch, 28. Februar

bei Pinkert (Gasthof Transvaal).

Auch Männer sind herzlich willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Vertrauensperson.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 27. Februar. 7½ Uhr.

Voll-Ab. 138. Dienstag-Ab. 22.

Zum 1. Male! Neu!

Die Rheinnixe.

Lustspiel von Heinr. Stobitzer.

Mittwoch, 28. Februar. 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Zum letzten Male!

Orpheus in der Unterwelt.

Operette von Offenbach.

Freitag, den 1. März. 7½ Uhr.

Voll-Ab. 140. Freitag-Ab. 23.

Erstaufführung!

Eugen Onegin.

Oper von P. Tschaikowsky.

Einladung zum

23. Stiftungsfest der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei E. G. m. b. H.

bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball

unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins Eintracht und des Herrn und der Frau Heydecker

(Mitglieder des hiesigen Stadttheaters)

am Montag, dem 26. Februar 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Lokalöffnung 7½ Uhr. Anfang des Konzerts 8 Uhr. Kassenpreis 70 Pfg.

Der Aufsichtsrat und Vorstand.

Holsten-Automat

G. m. b. H. **Holstenstr. 14.**

Warme und kalte Speisen.

Feinste belegte Brötchen 10 Pf.

Helles und dunkles Bier 10 Pf.

Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Stadttheater-Saalbau.

Marmor-Saal.

Mittwoch, 28. Febr., abds. 8½ Uhr

Vortrag

des Herrn Rechtsanw. Hässler über die Opern-Novität Eugen Onegin

von Tschaikowsky. Eintritt frei.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 48. Montag, den 26. Februar 1912. 19. Jahrg.

Lehrlingsmangel in einem leichten Gewerbe.

Um den Klagen der zünftlerischen Handwerksmeister über Lehrlingsmangel abzuhelfen, sind neuerdings auch Schulbehörden mit mehr Eifer als Sachkenntnis bemüht, die vor der Entlassung stehende Schuljugend und deren Eltern oder Vormünder für die verschiedenen Handwerkszweige zu interessieren, deren Vorzüge sie auf Grund von Mitteilungen der Innungen und eigenen recht oberflächlichen Betrachtungen nicht genug zu rühmen wissen. So hat u. a. der Schulrat Dr. Letau eine Schrift herausgegeben, die sich allerdings schon durch ihren Titel: Der goldene Boden des Handwerks und der heutige Handelsstand hinlänglich charakterisiert. Vom Barbier- und Friseurgewerbe rühmt der Verfasser, es stehe heute auf einem Standpunkte, daß jeder es sich zur Ehre anrechnen könne, dem Gewerbe anzugehören. Es biete mehr Aussichten des Erwerbs als irgend eine andere Branche. Für die Ausbildung von Lehrlingen und Gehilfen sei bestens gesorgt. „Die Aussichten auf Selbständigkeit sind hier ebenfalls leichter als in jedem andern Gewerk und lassen sich schließlich mit geringen Mitteln zur Ausführung bringen.“ Alles in allem, das Barbier- und Friseurgewerbe habe einen goldenen Boden und könne mithin allen Eltern und Vormündern zur Wahl des Lebensberufes bestens empfohlen werden.

Da in den General-, Lokal- und sonstigen „unparteiischen“ Anzeigern die gleiche Melodie angestimmt wird, sieht sich der Verband der Friseurgehilfen veranlaßt, einige Aufklärung über die Berufsverhältnisse zu geben. Das Erwerbsfeld des Barbier- und Friseurgewerbes ist hauptsächlich an die Kopfzahl der Bevölkerung gebunden, weshalb die Lehrlingszüchterei, die in diesem Gewerbe betrieben wird, schlimmere Rückwirkungen zeitigt als in anderen Berufen. In den zwölf Jahren von der vorletzten bis zur letzten Berufszählung stieg die Bevölkerungsziffer um 19,22 Proz., die Zahl der Berufsgenossen aber um 55 Proz. Im Jahre 1895 kam noch auf 800 Einwohner ein Friseurgeschäft, im Jahre 1907 nur mehr auf 614. In den 42 Großstädten kam auf durchschnittlich 770 Einwohner ein Geschäft und auf 388 ein Berufsgenosse. Von den 41 280 Meistern waren 15 572 Alleinmeister, während die übrigen 25 708 Meister 25 915 Gehilfen und 15 611 Lehrlinge beschäftigten. In der Gehilfenzahl sind also knapp fünf Jahrgänge der Lehrlinge enthalten und in der Zahl der Meister samt den Alleinmeistern noch nicht einmal acht Lehrlingsjahrgänge. Billige und willige Arbeitskräfte sind die Grundlage des „goldenen“ Bodens, Lehrlinge und „junge“ Gehilfen. Nach wenigen Jahren, sobald die jungen Leute als Lehrlinge und junge Gehilfen ihre Schuldigkeit getan, sind sie als Gehilfen „zu alt“ und bilden eine „Gefahr“ für das Gewerbe als künftige Konkurrenten, der sich die Meisterverbände mit allen Mitteln zu erwehren suchen. Jahraus, jahrein ist ein großer Teil der Gehilfen in den Großstädten arbeitslos und dient des Sonnabends und Sonntags als Nothelfer. Je mehr Gehilfen herangebildet werden, desto weniger können beschäftigt werden. Die zu alten und zu vielen müssen entweder selbständig werden oder sich einem ungelernten Berufe zuwenden. Gewiß, das Selbständigmachen ist hier leichter als sonst in einem Gewerbe, doch umso schwerer ist die Fristung und Erhaltung der selbständigen Scheinexistenz, die viele wieder aufgeben müssen. Nach dem Bericht der Zwangsinnung in Hamburg wurden dort bei 200 Neuetablierungen im Laufe des Jahres 1911 am Schlusse des Jahres nur noch 22 Meister mehr gezählt als am Jahresanfang.

Die Gehilfenlöhne erreichen nirgends den durchschnittlichen Tageslohn und nur mit Hilfe des Trinkgeldes können sie den Ansprüchen genügen, die in Kleidung, Wäsche und Werkzeug von den Meistern an die Gehilfen gestellt werden.

Ein großer Irrtum ist es, daß gerade dieses „leichte“ Gewerbe sich für schwächliche und kränkliche Jungen besonders eigne. In der Schwindsuchtsstatistik wie in der Arbeitslosenstatistik steht der Beruf an der Spitze. Überlange, durch keinerlei Eßpausen unterbrochene Arbeitszeit an 365, im günstigsten Falle „nur“ an 360 Tagen im Jahre in dumpfigen Arbeitsräumen, Kost- und Logiszwang sind die Ursachen. Bei der Ausbildung verlassen sich die Meister auf die an sich (in den Großstädten wenigstens) guten Fachschulen, die jedoch nicht gutmachen können, was an den Lehrlingen gesündigt wird. Die Gehilfen sind bei ihrer weiteren Ausbildung auf sich selbst angewiesen und haben vor lauter Geselligkeit und Fachsimpelei keine Zeit, sich um wirtschaftliche Interessen zu kümmern.

Wollen die Eltern ihren Sohn trotzdem den „goldenen Boden“ betreten lassen, so mögen sie sich den Meister und sein Geschäft während der Probezeit genau ansehen. Wo nicht wenigstens ein Gehilfe beschäftigt ist, stecke man keinen Lehrling hinein. Auch auf Kost und Logis ist genau zu achten. Auf längere als dreijährige Lehrzeit lasse man sich nicht ein, auch nicht auf Zahlung von Lehrgeld, Kleidung und Werkzeug, Schulgeld usw. kostet gerade genug. Da den Lehrlingen der gesetzlich freie Wochennachmittag auf Umwegen entzogen wurde, bestehe man darauf, daß der gesetzlichen Bestimmung wenigstens insoweit genügt wird, dem Lehrling die Zeit vor und nach der Fachschule an einem Werktagnachmittag jeder Woche freizugeben. Man lasse auch nicht zu, daß der Lehrlig in Kaserne, Gefängnis, Krankenhaus usw., wo die Arbeit in Submission übernommen wurde, zur „Ausbildung“ verwendet wird, oder zum Lauf- oder Hausburschen. Auf glatte Worte gebe man ebensowenig als auf den Duft im Lokal und sei in jeder Weise vorsichtig. So weit als möglich geben die Vertrauensleute der Zweigvereine des Verbandes der Friseurgehilfen Auskunft. Den Vordruck des Lehrvertrages muß man vor Unterzeichnung recht genau durchsehen.

Findet man keine einwandfreie Lehrstelle unter günstigen Bedingungen, so lasse man den Jungen besser vorher umsatteln. Am schlimmsten grassiert die Lehrlingszüchterei im Barbier- und Friseurgewerbe in Klein- und Mittelstädten, besonders der rückständigeren Gegenden, wo selbst die Fachschulen fehlen. Wo der Besuch von Fach- und Fortbildungsschule nicht obligatorisch ist, muß er ausbedungen werden.

Aus einer kleinen schwarzen Garnison.

Aus München wird geschrieben: Der sozialdemokratische bayerische Landtagsabgeordnete Erhard Auer ist zu der für bayerische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung drei höheren Beamten der Verkehrsverwaltung, unter ihnen zwei Zentrumsabgeordnete, Amtsmißbrauch vorgeworfen hatte. Die Begründung des Urteils in diesem politischen Prozeß erinnert an andere Zeiten und andere deutsche Vaterländer: fast könnte man versucht sein, von einem Prozeß der neuen Aera in Bayern zu reden. Denn es handelt sich um einen Prozeß, in dem der Angeklagte weit mehr beweisen konnte, als er behauptet hat, und in dem gleichwohl das Gericht verkündete, der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Um zu diesem Ergebnis der Verurteilung zu gelangen, bedurfte das Gericht verschiedener Hilfskonstruktionen, die juristisch durchaus nicht einwandfrei erscheinen. So nahm das Gericht in höchst ungewöhnlicher Milde an, daß Auers Selbstbezichtigung, er habe in jener Versammlung auch Mißbrauch des Amts zu persönlichem Vorteil vorgeworfen, nicht den Tatsachen entspreche; so schied für das Urteil ein erheblicher Teil des in der Beweisaufnahme von dem Angeklagten vorgebrachten Materials aus. Ein weiterer Teil des Materials wurde dadurch erledigt, daß es für Privatangelegenheiten erklärt wurde. Die Beweisaufnahme selbst, die sich durch acht lange Sitzungen erstreckt hatte, fiel bei der Urteilsbegründung fast völlig unter den Tisch; wo sich die Zeugenaussagen widersprachen, folgte das Gericht einfach den Behauptungen der Nebenkläger, die zugleich in eigener Sache schwören durften. So stützte sich das Urteil zum Beispiel auf die sehr lückenhaften eidlichen Konstruktionen des Oberregierungsrats Frank, des in der Zentrumspartei einflußreichen Abgeordneten und in der Verkehrsverwaltung als Frondeur mächtigen Beamten. Es ließ aber gänzlich unberücksichtigt die bedeutsamen Aussagen des vormaligen Eisenbahnministers von Frauendorfer, der am Tage seiner Aussage noch Minister war, 24 Stunden später aber schon nicht mehr. Endlich wurde das Urteil dadurch ermöglicht, daß das Gericht dem Angeklagten die Wahrung berechtigter Interessen absprach, obwohl er als eingeladener Abgeordneter in einer Eisenbahnerversammlung pflichtgemäß für die Interessen des Verkehrspersonals eingetreten war.

Die juristische Haltbarkeit dieses Urteils wird in der Revision nachgeprüft werden. Man könnte vielleicht zugunsten des Gerichts annehmen, daß es nicht dem Disziplinarverfahren gegen die Beamten habe vorgreifen wollen, daß es darum den Wahrheitsbeweis noch nicht für gelungen erklärt, aber zugleich recht deutlich auf schwere Inkorrektheiten jedes der drei „beleidigten“ Nebenkläger hingewiesen hat, die die Einleitung eines Disziplinarverfahrens unausweichlich machen. So wurde auf die Terrainspekulationen des Oberregierungsrats Frank hingedeutet, die ohne die vorgeschriebene Genehmigung der Behörde erfolgt sind.

Unendlich wichtiger als die juristische Würdigung dieses Prozesses ist sein sachlich politischer Ertrag. Der Prozeß entrollte Sittenbilder der Zentrumskultur, aus jener nunmehr abgeschlossenen Zeit, da unter einem halbliberalen Ministerium eine klerikale Nebenregierung die Politik des Ministeriums zu durchkreuzen verstand. Die Durchsetzung der zentristischen Parteipolitik auf dem Verwaltungswege verquickte sich nicht nur mit einer widerlichen Vetterwirtschaft zugunsten der eigenen Freunde und einer niederträchtigen Verfolgungssucht gegen die Andersdenkenden, sondern die betriebsame Parteipolitik endigte schließlich in einem Spekulantentum des persönlichen Vorteils, das darum nicht minder verkommen war, weil es nur bis zu einem kleinlichen und muffigen Fünfzig-Pfennig-Panama reichte. Schließlich enthüllte sich in dieser schmutzigen und brutalen Nebenregierung, die christlich frömmelte und ehrbar heuchelte, auch ein Stück praktischer Sozialpolitik des Zentrums.

Der Prozeß ist letzten Endes aus dem Konflikt emporgewachsen, der zwischen dem Zentrum und dem vormaligen Verkehrsminister v. Frauendorfer bestand. Bevor noch der offene Angriff des Zentrums gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband und das Koalitionsrecht überhaupt erfolgte,

---

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(29. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Zorn stieg dem andern wieder heiß zu Kopfe. Er zügelte sich mit Mühe und ließ knurrend, sarkastisch die Bemerkung hören: „Sie scheinen sich ja sehr für das Wohl meiner Frau zu interessieren.“

„Allerdings. Ich habe Ihre Frau heranwachsen sehen. Ich empfinde wie ein Bruder für sie, wie ich mich denn überhaupt immer wie ein Angehöriger im Hause meines Prinzipals gefühlt habe. Kein Opfer wäre mir zu schwer, um von der mir teuern Familie Sorgen und Kummer fernzuhalten.“

Die Stimme des Sprechenden zitterte leise, seine Augen flirrten, und eine dunkle Röte breitete sich über sein ganzes Antlitz.

Auf den Assessor aber schien die Gemütsbewegung seines Besuchers wenig Eindruck zu machen. Er zuckte ungeduldig mit den Schultern.

„Kommen wir zu Ende!“ sagte der Assessor herrisch, hochmütig. „Was verlangen Sie von mir?“

„Daß Sie dafür Sorge tragen, daß Mademoiselle Grandcourt in allerkürzester Frist aus der Stadt verschwindet.“

Herr Wichard ließ ein rauhes Auflachen hören.

„Poztausend! Sie scheinen mich für einen Hexenmeister zu halten. Wie sollte ich wohl dieses Kunststück fertig bekommen?“

„Das ist Ihre Sache. Ich meinerseits gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich von meiner Beobachtung niemand gegenüber sprechen werde, falls das genannte Fräulein in drei Tagen unsere Stadt verlassen hat.“

Wieder lachte der Assessor zornig, mit gekünstelter Geringschätzung.

Und wenn ich das Wunder nicht vollbringe?“ fragte er lauernd.

„Dann bleibt mir eben nichts weiter übrig, als mit Herrn Schöler zu beraten, wie die Ehre und das Interesse seiner Tochter zu wahren ist.“

„Herr!“

Kuno Wichard stampfte wütend mit dem Fuß auf.

Emil Brinkmann aber verneigte sich ruhig, ohne eine Miene zu verziehen, und entfernte sich, ohne ein weiteres Wort für nötig zu halten. Wenige Minuten später kam Helene ins Zimmer. Sie hatte den Prokuristen ihres Vaters kommen und gehen sehen und sie war nun voller Neugier, was dieser ungewöhnliche, frühzeitige Besuch zu bedeuten habe. Aber sie hatte kaum ein paar Worte an ihren Mann gerichtet, als dieser sie in ausbrechendem Zorn anschrie: „Laß mich! Was geht's Dich an? Ich habe jetzt keine Zeit, mit Dir zu schwatzen.“

Es war kurz vor der Essenszeit gegen drei Uhr, als Helene mit der Stadtpost einen Brief erhielt, dessen Adresse von einer ihr unbekannten Hand geschrieben war. Ahnungslos fing sie an zu lesen. Der Stil war ungelenk, die Schrift schlecht, und die Orthographie ließ viel zu wünschen übrig. Dennoch brachte der Inhalt des konfusen Schreibens eine starke Wirkung auf die junge Frau hervor. Es handelte sich um die Mitteilung von Beziehungen, die zwischen ihrem Manne und der Kunstreiterin Mademoiselle Grandcourt bestehen sollten. Und wie es bei anonymen Denunziationen der Fall zu sein pflegt, wurden Dinge, die im Schleier der Zukunft drohen konnten, als vollendete Tatsachen hingestellt. Die Ausdrucksweise war derb und ungeschminkt, und die Lesende erzitterte vor Scham und Schrecken.

Sie war noch ganz fassungslos und entsetzt, als sie die Schritte ihres vom Amt heimkehrenden Gatten hörte. Sie hatte gerade noch Zeit, den verräterischen Brief in die Tasche zu schieben, als Kuno eintrat. Sein Anblick in diesem Augenblick rief eine so ungestüme Gemütsbewegung in ihr hervor, daß sie bleich, mit einem leisen Aufschrei zu Boden sank. Er sprang rasch hinzu, nahm die leichte, besinnungslos daliegende Gestalt in seine Arme und trug sie zum Sofa. Dann klingelte er und überließ die Sorge für die Ohnmächtige seiner Schwester und dem Hausmädchen.

Als Helene nach wenigen Minuten die Augen öffnete, erblickte sie in unmittelbarer Nähe das harte, mürrische Gesicht ihrer Schwägerin.

„Kuno!“ stieß sie schwach, einer unwillkürlichen Regung folgend, hervor.

Thea Wichard ging nach der Tür und rief den Namen ihres Bruders in den Flur. Der Assessor trat kurz darauf mit gleichgültiger Miene ins Zimmer.

„Na, wieder munter?“ rief er Helenen, geringschätzig lächelnd, zu. „Ich hab's ja gleich gesagt: Weiberohnmacht — — hat nichts zu bedeuten.“

Helene durchfuhr es wie ein schmerzender Stich, und die Szene, die sich vor einigen Wochen am Krankenbett ihrer Freundin Grete Brinkmann abgespielt, kam ihr unwillkürlich in die Erinnerung. Wie zärtlich und liebevoll besorgt sich Emil Brinkmann um seine ohnmächtige Schwester bemüht hatte! Stöhnend sank sie auf das Sofa zurück und bedeckte ihr Gesicht mit den Händen. Kuno Wichard aber verließ mit einem kurzen: „Du entschuldigst. Habe dringend zu tun“ — eilig das Zimmer.

Zwei Tage lag Helene zu Bett. Kuno erschien während dieser Zeit nur ein paarmal auf kurze Minuten in ihrem Schlafzimmer. Sie beklagte es nicht, denn es war ihr eine Pein, seinem Blicke zu begegnen. Unablässig grübelte sie über den Brief nach, den sie unter ihrem Kopfkissen aufbewahrte. War es möglich, daß die Mitteilung auf Wahrheit beruhte? Oder handelte es sich um eine Täuschung, um einen Racheakt oder dergleichen? Wenn sie nur gewußt hätte, wie sie sich Gewißheit verschaffen könnte! Ihren Vater um Rat zu fragen, konnte sie sich nicht entschließen. Sie wußte, daß der alte Herr schwere Geschäftssorgen hatte und vom frühen Morgen bis zum späten Abend angestrengt tätig war.

Sollte sie ihm noch mit dieser neuen großen Sorge beschwerlich fallen? Ihre Mutter aber, die von Kuno sehr eingenommen war und ein Zerwürfnis mit ihm unter allen Umständen vermieden wissen wollte, würde ihr die Sache ohne weiteres ausreden. Paul war zu jung und unerfahren, abgesehen davon, daß es geradezu grausam sein würde, ihn in seinem Bräutigamsglück durch eine so unerfreuliche, peinliche Angelegenheit zu stören. Da kam ihr der Gedanke an Emil Brinkmann. Ja, er verdiente gewiß ihr Vertrauen, und von seiner Freundschaft und seinem Interesse für sie und ihre Familie konnte sie erwarten, daß er sich die Mühe nicht verdrießen lassen würde, die nötigen Nachforschungen anzustellen. Ebensosehr konnte sie auf seine Diskretion und sein Zartgefühl rechnen.

Noch an demselben Tage machte sie sich in der Abendstunde auf den Weg. Emil Brinkmann war eben aus dem Geschäft heimgekehrt, als sie in der Wohnung der Geschwister anlangte. Beide, sowohl Grete wie ihr Bruder, erschraken bei dem Anblick der bleichen, verstörten Mienen der jungen Frau. Als sie die vor tiefer Erregung Zitternde und nach Atem Ringende voll Teilnahme nach dem Grunde ihres leidenden Aussehens befragten, brachte Helene statt einer Antwort den erhaltenen Brief zum Vorschein.

In Emil Brinkmann stieg sogleich eine Ahnung auf. Mit schnellen Blicken überflog er das Schreiben. Dann faltete er den Brief ruhig, bedächtig und zeigte der ihn mit nervöser Spannung Beobachtenden eine gleichmütige Miene.

„Sie legen doch dem Geschreibsel keine Bedeutung bei, Frau Helene?“ erwiderte er mit geflissentlicher Geringschätzung.

Die junge Frau machte eine Bewegung der Überraschung.

„Wie, Sie meinen?“

versuchte man unmittelbar, durch die Zentrumsbeamten in der Verkehrsverwaltung, der freien Gewerkschaft die Mitglieder abzujagen, indem man sie ebenso sehr wirtschaftlich benachteiligte, wie man die Mitglieder der „christlichen" Organisation begünstigte. Zugleich förderte man auch die kapitalistischen Spekulanteninteressen, indem man die vom Minister geplante Wohnungsreform großen Stils von Grund aus demolierte. Wirkte Frauendorfers Geist in einigen hohen Beamten des Verkehrsministeriums, so nistete das Zentrum in der Münchener Eisenbahndirektion, in der auch die drei Nebenkläger tätig waren, und von wo aus mit großem Erfolg die Politik des Ministers gehemmt und vereitelt wurde.

Von dem jetzt verurteilten Genossen Auer war die erste Anregung ausgegangen, daß die Eisenbahner das auf ihnen besonders schwer lastende Münchener Wohnungselend durch Gründung von Baugenossenschaften überwinden sollten. Als der Gedanke einmal im Eisenbahnpersonal Wurzel gefaßt, begünstigte der Minister auf alle Weise seine Ausführung. Ihm schwebte als Ziel vor, daß die Arbeiter und kleinen Beamten der Eisenbahnverwaltung tatsächlich billige, behagliche, geräumige und schöne Wohnungen, Heimstätten, erhielten. Er stellte Staatsgelände zur Verfügung und half auch durch Barmittel. Die Münchener Eisenbahnarbeiter, die sich zu einer Genossenschaft zusammenschlossen, erhielten einen geräumigen Komplex und es war eine weitläufig luftige Bebauung geplant. Da aber in der Genossenschaft zwar keinerlei Partei- oder Gewerkschaftspolitik getrieben wurde, aber der süddeutsche Eisenbahnerverband die Führung hatte, riefen geheimnisvolle Hintermänner eine Konkurrenzgenossenschaft der „Christen" ins Leben, die nun auf alle, nur auf keine saubere Weise gefördert wurde. Der Minister und besonders sein charaktervoller Ministerialrat Rehm erkannten wohl, worauf die Manöver herausliefen. Aber Herr v. Frauendorfer gab sich dem Wahn hin, er könnte sich durch Nachgiebigkeit der Umstellung durch die Zentrumshorde entziehen. Und sein Ministerialrat wurde von den Zentrumschristen durch gemeine Intriguen und abscheuliche Verleumdungen in den Tod gehetzt. Nachdem das glücklich gelungen, der unbequeme Mann erledigt, übernahm der Zentrumsabgeordnete Frank, der Wohlfahrtsreferent in der Eisenbahndirektion, die Alleinherrschaft. Und sein Werk ist es, wenn die Wohnungspolitik des Ministers in ihr Gegenteil verkehrt wurde, ganz abgesehen von der hinterhältigen Verfolgung der sozialdemokratisch suspekten Baugenossenschaft „München Haupt". Die Prozeßverhandlungen enthüllten die Machinationen im einzelnen, deren schamloseste der Minister v. Frauendorfer selbst in seiner Zeugenaussage aufdeckte, während Herr Frank selbst sie unter seinem Eide verschwiegen hatte und den Nachweis aktenmäßig zu führen versucht hatte, daß er gerade die richtungsgegnerische Genossenschaft mit seinem besonderen Wohlwollen gefördert hätte; die entscheidende Urkunde seines Wirkens hatte er unterdrückt, und auch das Gericht hat sie in seiner Urteilsbegründung nicht wieder hervorgeholt.

Die Drangsalierung anständiger aufrechter und selbstlos tätiger Arbeiter, die von dem Oberregierungsrat geleitet und sogar auch von dem durch dolose Berichte aufgehetzten Minister absichtslos gefördert wurde, bot ein abstoßendes Bild klerikaler Rache- und Machtpolitik. Auf der andern Seite freilich wirkte es geradezu erhebend, zu beobachten, welche ungeheure Erziehungsarbeit die freigewerkschaftliche und die sozialdemokratische Schule geleistet hat. Man konnte jedem Zeugen, bevor er noch ein Wort gesprochen hatte, schon an der Art, wie er vor den Richtertisch trat, ansehen, ob er in der freien Luft unserer Weltanschauung zum charaktervollen, mutigen und aufopfernden Manne geworden ist, oder ob er zu dem geduckten unwahrhaftigen Kriecher- und Strebergeschlecht der anderen gehörte. Wieviel geistige und moralische Tüchtigkeit offenbarte sich da in der Tiefe und in der Masse!

Unter den Zentrumstücken ist dann das Baugenossenschaftswesen verkrüppelt worden. Es wurden greuliche Mietskasernen gebaut. Und je mehr private und staatliche Genossenschaften aus dem Boden wuchsen, umsomehr verfielen sie unter Zentrumsführung einem rassigierigen Spekulantentum, und die Arbeitergroschen der Genossenschafter wurden eine begehrte Beute für Nebenverdienst suchende zentrumstreue Beamten.

Wie die ganze Verkehrsverwaltung schließlich für die privatesten Zwecke komischer Zentrumsfiguren wie des unsäglichen Abgeordneten Cadau in Bewegung gesetzt wurde, das hat der Prozeß in widerlich lächerlichen Bildern vorgeführt — Bilder aus einer kleinen schwarzen Garnison.

Aus der Partei.

Gerichtliche Berichterstatterzensur. Die Redaktion unseres in Danzig erscheinenden Parteiorgans, der „Volkswacht", ersuchte den Landgerichtspräsidenten in Danzig um Überweisung einer Pressekarte, damit ein Vertreter der „Volkswacht" am Berichterstattertisch im Sitzungssaal Platz nehmen konnte. Der Landgerichtspräsident lehnte dieses Ersuchen u. a. mit dem Bemerken ab, daß den Danziger Verhältnissen durch den Schriftsteller- und Journalistenverein bereits Rechnung getragen werde. Eine Beschwerde an den Oberlandesgerichtspräsidenten brachte folgende klassische Entscheidung: „Die Erteilung der sogenannten „Pressekarten" oder „Reporterkarten" für Gerichtsberichterstatter gewährt diesen die Berechtigung, an den für die Vertreter der Presse bestimmten besonderen Plätzen ihre Tätigkeit wahrzunehmen und bezweckt dadurch eine Erleichterung für eine erschöpfende, sachliche, unparteiische und richtige Darstellung der Vorgänge in den Gerichtsverhandlungen zu schaffen. Bei der Beschränktheit des Platzes in den Verhandlungsräumen des Landgerichtsgebäudes in Danzig bedarf es dabei einer besonders sorgfältigen Prüfung, ob die Gerichtsberichterstatter, für welche die Erteilung einer Reporterkarte gewünscht wird, nach ihrer Persönlichkeit und ihrem Vorleben die erforderliche Gewähr dafür bieten, daß sie die erleichterte Gelegenheit in dem Sinne benutzen werden, wie sie verwendet werden soll. Dem Herrn Landgerichtspräsidenten in Danzig muß ich darin beitreten, daß für den Redakteur Crispien diese Gewähr nicht besteht. Der Redakteur Crispien ist außer wegen Hausfriedensbruchs, auch viermal wegen Beleidigung mit hohen Geldstrafen belegt worden. Er besitzt demnach nicht das Maß von Selbstbeherrschung und Sachlichkeit, welches für eine objektive Gerichtsberichterstattung erforderlich erscheint, und es ist deshalb gerechtfertigt, ihm die Begünstigung einer Reporterkarte zu versagen, weil nicht angenommen werden kann, daß deren Erteilung dem Zweck einer sachlichen, unparteiischen und richtigen Berichterstattung förderlich sein wird. Hiernach muß ich die Beschwerde als unbegründet zurückweisen." — Eine weitere Beschwerde an den preußischen Justizminister brachte schon nach 1½ Monaten folgende Antwort: „Nach Prüfung des Sachverhaltes habe ich zu Maßnahmen im Aufsichtswege, insbesondere zu einer Änderung des bemängelten Bescheides des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder vom 1. Dezember v. J. keinen Anlaß gefunden." Wahrlich, die sozialdemokratische Presse erfreut sich in Danzig einer herrlichen Beachtung. Nach dem obigen Ukas kann man annehmen, daß die Zulassung der Presse zur Gerichtsberichterstattung nur als Belohnung für artiges Betragen im landläufigen Sinne erfolgen darf.

Polizeikampf gegen die Breslauer Frauenbewegung. Die Breslauer Polizei gilt unbestritten als eine der „schneidigsten". Und das will etwas bedeuten in einem Staate, der ohnehin an die Schneidigkeit der Schutzmannschaft ganz gewaltige Anforderungen stellt. Besonders ernst nimmt es die Breslauer Polizei mit dem Kampfe gegen die emporstrebende Arbeiterbewegung. Ganz mit Recht! Ist doch in den Augen unserer Ordnungshüter die Sozialdemokratie das gefährlichste Element für die Sicherheit des Staates. Wie sehr die Breslauer Polizei da auf dem Posten ist, dafür hat sie am Dienstag einen glänzenden Beweis erbracht. Sie hat an diesem Tage nämlich die Frauenabende des Sozialdemokratischen Vereins überwachen und zum Teil auflösen lassen! Seit über anderthalb Jahren haben unsere Genossinnen in Breslau Versammlungen abgehalten und an ihrer politischen Fortbildung gearbeitet. Kein Schutzmann und auch kein Polizeikommissar hat sich sehen lassen. Ob die Polizei keine Kenntnis von den Versammlungen hatte, oder ob sie ihnen vielleicht keine Bedeutung beimaß, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat die Leitung der Polizei jetzt ihre Meinung geändert und die im Sozialdemokratischen Verein organisierten Frauen und Mädchen müssen sich jetzt auf einen erbitterten Kampf mit den Staatsgewalten gefaßt machen. Es handelte sich nämlich ganz zweifellos um ein planmäßiges Vorgehen der Polizei. Im ganzen waren in den verschiedenen Stadtteilen acht Frauenversammlungen, und zwar geschlossene Vereinsversammlungen, einberufen worden. Und in allen Versammlungen erschienen zu Beginn prompt je ein Polizeikommissar mit zwei Schutzleuten. Weswegen? Die Beamten wußten es selbst nicht zu sagen. Sie vermochten nur anzugeben, daß sie zur Überwachung gesandt seien und Befehl hätten, gegebenenfalls die Versammlung aufzulösen. In zwei von den Versammlungen tagten die Frauen daraufhin im Beisein der Polizeibeamten; die sechs übrigen Versammlungen wurden entweder von den Vorsitzenden geschlossen oder von der Polizei aufgelöst; so daß die Genossinnen unverrichteter Dinge nach Hause wandern mußten. Die Polizei blieb als „Sieger" auf dem Schlachtfelde zurück. — Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Vorgehen der Polizei den klaren, gesetzlichen Bestimmungen widerspricht. Danach sind Vereinsversammlungen nicht anmeldepflichtig und werden auch nicht überwacht. Die Breslauer Polizeileitung hat sich also über das Vereinsrecht hinweggesetzt. Sie will den Frauen verwehren sich politisch zu organisieren und weiterzubilden. Allerdings hat sie dazu gerade das verkehrteste Mittel gewählt. Denn einen besseren politischen Anschauungsunterricht, als die Polizei ihn am Dienstag erteilt hat, kann man sich gar nicht vorstellen. Da muß es den proletarischen Frauen ja klar werden, daß die heutigen Machthaber sie nicht wie ihre männlichen Genossen als vollberechtigte Mitglieder des Staates ansehen. Und diese Erkenntnis wird zur Folge haben, daß die Frauen jetzt noch in viel größerer Anzahl als bisher sich unserer Bewegung anschließen werden. Unsere Feinde arbeiten uns mit ihren brutalen Maßnahmen doch nur in die Hände; sie mögen wollen oder nicht.

Ein Kampf um die roten Schleifen. In Breslau hat es die Polizei in besonderem Maße auf die roten Kranzschleifen abgesehen. Unser Breslauer Parteiorgan, die „Volkswacht", bringt daher an der Spitze ihrer Freitagsnummer einen Aufruf, in dem dagegen protestiert wird, daß sich „seit Wochen auf den Breslauer Friedhöfen unerhörte Szenen abspielen", indem Leichenbegängnisse mit Trägern roter Kranzschleifen als „ungewöhnliche" im Sinne des Vereinsgesetzes erklärt werden. Die Polizei umstelle die Leichenhallen, suche die Kränze mit roten Schleifen aus dem Trauergefolge zu entfernen, sistiere die Träger dieser Kränze vom Grabe weg, beanstande selbst rote Schleifen mit Trauerflor und habe sogar Kränze weggenommen, auf welchen gar keine Schleifen mehr, dafür aber rote Blumen sich befanden. Um gegen diese Polizeiaktionen vorgehen und um feststellen zu können, zu welchem Zweck in Breslau die Polizeibeamten auch verwendet werden, ersucht jetzt unser dortiges Parteiorgan alle Parteigenossen und unabhängige Bürger, genaue Angaben über polizeiliche Maßnahmen der geschilderten Art zu machen. Das Material soll dann dem Minister des Innern, den Parlamenten und der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Die gereinigte Bündlerehre. Im ersten sächsischen Reichstagswahlkreise war als konservativer Kandidat der Bündler Korselt aufgestellt, der sich als offener Gegner des allgemeinen gleichen Wahlrechts erklärt hatte. Dieser Agrarier hatte nun vom Stadtrat zu Zittau eine Strafverfügung erhalten, weil in seinem Auftrage in Zittau Milch mit zu geringem Fettgehalt verkauft worden war. Die gegen diese Strafverfügung des Stadtrats beantragte richterliche Entscheidung wurde von Korselt, jedenfalls wegen Aussichtslosigkeit auf Erfolg, zurückgezogen. Unser Zittauer Parteiblatt geißelte nun angesichts der Teuerungsverhältnisse diese Handlungsweise und sprach von Milchfälschung. Korselt lief zum Kadi und hatte die Genugtuung, daß unser Genosse Schnettler zu der hohen Strafe von 900 Mk. oder 3 Monaten verurteilt wurde. Das Urteil ist um so unverständlicher, als Schnettler eine Berichtigung gebracht hatte, und es sich hier um einen Vorgang im heftigsten Wahlkampfe handelte.

Beeinträchtigung des Versammlungsrechts. Die Mißhandlung des Vereinsgesetzes will in Schlesien kein Ende nehmen. In Striegau wurden am Vorabend der Stichwahl zwei Wählerversammlungen von überwachenden Beamten aufgelöst, weil sie angeblich nicht angemeldet waren. Nun ist die Auflösung von Versammlungen nach dem Reichsvereinsgesetz überhaupt aus solchem Grunde nicht statthaft. Das mußte auch der Regierungspräsident von Liegnitz, bei dem Beschwerde eingelegt war, zugestehen. Dafür aber versucht nun dieser Beamte, dem Vereinsrecht eine neue Fessel anzulegen. Nach dem Bescheid auf die Beschwerde sollen Wählerversammlungen deswegen zu Volksversammlungen gestempelt werden, die dann natürlich anmeldepflichtig wären, weil Frauen in größerer Zahl in den Versammlungen anwesend waren. In der Begründung des Reichsvereinsgesetzes, sowie in den Kommissionsverhandlungen wurde aber von der Regierung ausdrücklich zugestanden, daß eine Wählerversammlung um deswillen noch nicht den Charakter als solche verliert, weil auch Nichtwähler, also Frauen, in der Versammlung anwesend sind.

„Daß die Denunziation da keinerlei Beachtung verdient," versetzte der Prokurist, seine Worte mit einem entschiedenen Kopfnicken bekräftigend. „Das ist allerdings meine Meinung. Sie sehen ja, daß der Wisch nicht unterzeichnet ist. Wer sich feig in Anonymität hüllt, hat selten etwas Wahres zu berichten. Wahrscheinlich handelt es sich um die dem Neide entsprungene Verleumdung einer mißgünstigen Artistin, die die Kollegin um ihre Erfolge beneidet."

„Aber warum — warum sollte gerade mein Mann —?"

„Mein Gott", fiel Emil Brinkmann rasch ein. „Das ist doch leicht begreiflich. Ihr Gattte ist als eifriger Sportmann bekannt; er selbst ist ein passionierter Reiter und gehört gewiß zu den eifrigsten Besuchern der Zirkusvorstellungen."

„Allerdings!"

„Nun sehen Sie. Daß gerade der Name Ihres Gatten von der Verleumderin gewählt wurde, liegt ziemlich nahe. Wirklich, Sie legen der Sache zuviel Gewicht bei. Ich würde mich an Ihrer Stelle nicht einen Augenblick länger beunruhigen.

Die unglückliche, junge Frau atmete förmlich auf, ihre Mienen erhellten sich zusehends. Man sah ihr an, wie wohl ihr diese Worte taten, und wie sehr sie der ruhige, ermutigende, so überzeugend klingende Ton des Sprechenden aufrichtete. Forschend sah sie dem neben ihr Sitzenden ins Gesicht. Er lächelte ihr munter, mit besorgter Miene zu, und nun faßte er nach ihrer Hand und drückte sie tröstend, beruhigend, während er fortfuhr: „Glauben Sie mir, Frau Helene, wir erweisen der anonymen Denunziantin eine unverdiente Ehre, wenn wir uns noch länger mit ihr beschäftigen. Übrigens kann ich Ihnen noch mitteilen, daß die Kunstreiterin — wie heißt sie doch gleich? — richtig: Mademoiselle Grandcourt — ich hörte heute zufällig, wie unsere jungen Leute im Kontor davon sprachen — unserer Stadt bereits den Rücken gekehrt hat. Das Abendblatt muß doch darüber berichten."

Er griff nach dem Zeitungsblatt, das noch ungelesen auf dem Tisch lag. Er schlug das Blatt um und durchflog die Spalten.

„Richtig, da steht's!" rief er plötzlich und deutete mit dem Finger auf eine Stelle unter den Lokalnachrichten und las dann unter atemloser Spannung der beiden Frauen laut vor: „Wie wir soeben erfahren, hat Mademoiselle Denise Grandcourt, die gefeierte Schulreiterin, unsere Stadt und ihr Engagement heute vormittag verlassen. Die launenhafte Künstlerin soll plötzlich gefunden haben, daß ihr die Luft hier nicht gut bekommt, und so ist sie kurzerhand nach Paris abgereist.

Der Lesende reichte nunmehr das Zeitungsblatt der jungen Frau, damit sie sich selbst überzeuge. Und Helene las die Nachricht vom ersten bis zum letzten Buchstaben, obgleich ihr die von ungestümer Gemütsbewegung hervorquellenden Tränen den Blick verdunkelten.

18.

Herrn Schöters Geschäftssorgen mehrten sich von Tag zu Tag. Die neu eingestellten Maschinen funktionierten nicht in der richtigen Weise und lieferten unbrauchbare Ware. Der Ersparnis wegen hatte der Fabrikbesitzer von einer in Liquidation gegangenen Firma Maschinen erworben, die schon in Gebrauch gewesen waren. Nun stellte sich heraus, daß Teile schadhaft waren und langwierige Reparaturen erforderten. Die Arbeiter aber waren bereits angenommen und mußten nun müßig gehen. Gerade diesen Zeitpunkt der Bedrängnis ihres Prinzipals wählten die Arbeiter, die mit der Fabrikation der Patentschlösser beschäftigt waren, um eine Lohnerhöhung zu fordern. Herr Schöler berief den Prokuristen in sein Privatkontor, um mit ihm über die Antwort, die der Arbeiterdeputation zu geben sei, zu beraten. Hinter dem Prokuristen betrat auch der Volontär Werner von Boltenhagen das Zimmer seines Chefs. Die Sache interessierte ihn, und da Schüchternheit nicht zu den Schwächen des Referendars a. D. gehörte, so beschloß er, seine Ansicht dem Prinzipal nicht vorzuenthalten, auch ohne eine besondere Aufforderung dazu erhalten zu haben.

Emil Brinkmann schien durch die Gegenwart des Volontärs nicht gerade angenehm berührt. Aber Werner von Boltenhagen kümmerte sich um die unwillig erstaunte Miene seines Vorgesetzten nicht im geringsten. Zwischen ihm und dem Prokuristen hatte sich nach und nach eine sich stetig steigernde Antipathie entwickelt. Emil Brinkmann war ein ruhiger Arbeiter, der still seinen Pflichten nachkam, ohne dabei viel Worte davon zu machen. Werner von Boltenhagen liebte das Stillsitzen auf einem Fleck überhaupt nicht, deshalb drückte er sich von den Kontorarbeiten, soviel es irgend anging. Er zog es vor, in den Fabrikräumen umherzugehen und mit den Arbeitern zu schwatzen. Sobald er erst ein wenig warm geworden war in seiner neuen Stellung, fing er an, sich ein Urteil anzumaßen, Anweisungen zu geben und Ausstellungen zu machen. Die Arbeiter lachten ihn aus und nahmen ihn anfangs nur von der heiteren Seite. Sobald er sich in den Fabriksälen sehen ließ, fehlte es nicht an anzüglichen Redensarten von „überstudierten" und „verkrachten Adeligen". Werner von Boltenhagen vergalt die Anzüglichkeiten, von denen er niemals direkt Notiz nahm, mit laut tadelnden Bemerkungen, sprach von Pfuscherarbeit und schalt die Arbeiter „faule, freche Bande". Kein Wunder, daß die Arbeiter schließlich ebenfalls von Spaß und Ironie zu offener Grobheit übergingen, und so erhob sich nicht selten ein Höllenlärm, der schon manchmal in Tätlichkeiten auszuarten gedroht hatte, wenn nicht Emil Brinkmann rechtzeitig eingeschritten wäre. Seine Vorstellungen und billigenden Bemerkungen hatten aber nur wenig Erfolg, wie denn der Referendar ein Vollgefühl seiner wissenschaftlichen Überlegenheit überhaupt nicht gewillt war, Belehrungen von dem Prokuristen anzunehmen. Auch Beschwerden beim Prinzipal halfen wenig, denn Herr Schöler schien es nicht über sich bringen zu können, sich dem ehemaligen Referendar gegenüber als strengen Herrn und Gebieter zu geben und ihm Verweise zu erteilen, wie dem ersten besten Lehrling. Der Fabrikbesitzer schien überhaupt, nachdem er sich zur Einstellung Werner von Boltenhagens bequemt und sein erstes Vorurteil überwunden hatte, eine Schwäche für den adeligen Volontär gefaßt zu haben. Es schmeichelte seiner Eitelkeit offenbar, einen adeligen jungen Mann, der noch dazu zehn Semester Jura studiert hatte, unter seinen Angestellten zu haben, und wenn ihn Geschäftsfreunde besuchten, pflegte er den Referendar unter dem Vorwand einer Auskunft in sein Privatkontor zu rufen, wobei er nicht unterließ, auf das „von" und den „Referendar" eine deutliche Betonung zu legen.

Auch jetzt bewillkommnete er den jungen Mann mit einer freundlichen Miene, anstatt sich über sein eigenmächtiges Hereindrängen unwillig zu zeigen.

„Na, was sagen Sie zu der Forderung unserer Arbeiter, Herr v. Boltenhagen?" fragte Herr Schöler jovial.

„Ich?" Der Referendar brachte die ganze Verachtung, die ihn dem arbeitenden „Plebs" gegenüber beseelte, in seinem Mienenspiel zum Ausdruck. „Ich bin der Ansicht, eine unverschämtere Gesellschaft ist mir noch nicht vorgekommen, Herr Schöler. Wenn sie noch einmal mit ihrem dreisten Anliegen anrücken, sollten Sie die Bande einfach zum Tempel hinauswerfen. Was sollte denn daraus werden, wenn man jeder Forderung der Arbeiter nachgeben wollte? Gerade jetzt, wo die Fabrikation sowieso daniederliegt! Können die Kerle nicht warten, bis wieder bessere Zeiten kommen? Der Fabrikant wird ihnen schon von selbst Zulage geben, wenn die Verhältnisse es ihm gestatten. Aber trotzdem, abzwingen lassen — so was gibts nicht! Gar nicht erst in Unterhandlungen und Erklärungen einlassen! Viel zu viel Ehre wäre das für das freche Gesindel. Den Kerls muß man den Daumen aufs Auge drücken und ihnen den Herrn zeigen."

(Fortsetzung folgt.)

Es würde gut sein, wenn der preußische Minister des Innern von Zeit zu Zeit immer wieder den nachgeordneten Behörden einschärfen wollte, was auf dem Gebiete des Versammlungsrechts Geltung hat.

Die Vorgänge in der italienischen Fraktion, von der ein Teil sich für den Tripoliskrieg begeisterte, haben bereits zu einer Klärung geführt. Die Richtung Turati hat Donnerstag abend die Gründung einer neuen Parlamentsfraktion beschlossen, die sich der Parteidisziplin unterwirft. Die neue Fraktion hat den Parteivorstand zum sofortigen Eingreifen aufgefordert. Die Spaltung der Fraktion braucht nicht notwendigerweise zu einer Parteispaltung zu führen, wohl aber zu einer Mandatsniederlegung der Dissidenten, die erfolgen muß, wenn der Parteivorstand für Aufrechterhaltung der Parteidisziplin eintritt. — Wie weiter aus Rom gemeldet wird, fordert die Mailänder Parteisektion die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, um über die Spaltung der Fraktion zu entscheiden. Die römische Parteisektion wird in ihrer nächsten Sitzung Ferri wegen seiner Zustimmung zum Annexionsdekret aus der Partei ausstoßen.

Protest der finnländischen Sozialdemokratie gegen das Justizverbrechen. Der Parteirat der finnländischen Sozialdemokratie, bestehend aus dem Vorstande der Partei, je einem Vertrauensmanne aus den 15 Wahlkreisen, 4 Vertrauensmännern der nicht finnischen Parteigenossen, den Vertretern der Landtagsfraktion, des Gewerkschaftsverbandes, der Parteiredaktionen, der Frauen usw., insgesamt eine Körperschaft von zirka 60 Personen, hielt am 4. d. Mts. eine Sitzung ab, die u. a. auch in der Angelegenheit der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Dumafraktion Stellung nahm. Der Parteirat beschloß, einen öffentlichen Protest gegen das Verbrechen der russischen Regierung zu erlassen und zu erklären, die finnische Partei schließe sich den Forderungen der sozialdemokratischen Dumafraktion an und fordere im Verein mit der Sozialdemokratie aller Länder das Wiederaufnahmeverfahren in diesem Prozesse. Die finnische Partei halte es für selbstverständlich, daß die gesamte Internationale ihre gewaltige Stimme zur Befreiung der Vertreter des russischen Proletariats erhebe.

Gewaltmaßregeln gegen japanische Genossen. Die japanische Regierung will ihre Gewaltpolitik gegen unsere Genossen fortsetzen. Der bekannte Vorkämpfer des Sozialismus, Genosse Sen Katayama, ist mit 10 weiteren Genossen verhaftet worden und zwar wegen angeblicher aktiver Teilnahme an einem großen Straßenbahnerausstand. Trotz dieser Gewaltpolitik hält man auch in Japan die Entwicklung des Sozialismus nicht auf.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Porzellanarbeiter-Aussperrung berichtet die bürgerliche Presse aus Rudolstadt, daß am heutigen Montag 19 000 Porzellanarbeiter ausgesperrt werden. Diese Meldung ist total falsch, da es in Rudolstadt voraussichtlich überhaupt zu keiner Aussperrung kommt. In Rudolstadt werden insgesamt nur etwa 600 Porzellanarbeiter beschäftigt. In der Umgebung von Rudolstadt werden etwa 2000 Porzellanarbeiter beschäftigt, von denen 300 für die Aussperrung in Betracht kommen könnten. — Nach dem Beschluß der Unternehmerorganisation soll es nach acht Tagen den Unorganisierten freigestellt sein, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn die Unorganisierten die Arbeit aufnehmen, so verbleiben etwa 250 Ausgesperrte. Die von der bürgerlichen Presse angegebene Zahl von 19 000 entspricht ungefähr der für ganz Deutschland in Frage kommenden Zahl der Ausgesperrten.

Streikposten, eine Beunruhigung der Arbeitswilligen. Weil sie sich gegen Recht und Gesetz anläßlich des Streiks der Porzellanarbeiter in Neuhaldensleben vergangen haben sollten, und zwar bei ihrer Tätigkeit als Streikposten, hatten sich 8 Angeklagte vor dem Schöffengericht Neuhaldensleben zu verantworten. Obwohl nicht weniger als ein Polizeikommissar, vier Polizeibeamte und zwei Arbeitswillige als Zeugen aufgeboten worden waren, fiel das Beweisergebnis so mager aus, daß der Amtsanwalt sich bescheiden mußte, wegen groben Unfugs je 3 Mk. Geldstrafe zu beantragen, denn — die bloße Aufstellung der Streikposten habe schon eine große Beunruhigung unter den Arbeitswilligen hervorgerufen. Trotz dieser scharfsinnigen Begründung mußte der Herr Vertreter der Anklage den Schmerz erleben, daß das Gericht die Angeklagten freisprach.

Wieviel kostet die gelbe Arbeiterbewegung den Unternehmern? Bekannt ist, daß Herr von Krupp-Bohlen Ehrenmitglied des gelben Arbeiterverbandes ist. Er hat es sich auch etwas kosten lassen. Die Siemens u. Halske Aktiengesellschaft Berlin verdiente es auch, zum gelben Ehrenmitglied ernannt zu werden. Wie das gelbe Zentralorgan selbst zugibt, hat S. u. H. seit fünf Jahren einmal 48 000 Mark für den gelben Unterstützungsverein und dann alljährlich bis jetzt 8400 Mark für den gelben Arbeitsnachweis ausgegeben! Außerdem leistet die S. u. H. noch einen laufenden beträchtlichen Zuschuß zum gelben „Bund"! Die Firma Siemens u. Halske A.-G. läßt sich, wie aus den Zahlen zu erkennen ist, die gelbe Arbeiterbewegung etwas kosten. Anders wäre diese ja auch unmöglich, nur als Parasit des Unternehmertums ist sie lebensfähig!

Auch ein Kennzeichen für die Stimmung im Ruhrgebiet. Eine die Situation im Ruhrgebiet beleuchtende Wahl wurde am 22. Februar auf Zeche „Victoria" in Lünen vollzogen. Die Wahl hatte umsomehr Bedeutung, als die erste im Ruhrgebiet ist, die nach der Streikbruchproklamation der christlichen Führer stattfand. Zur Wahl standen 3 Arbeiterausschußmitglieder. Es erhielten Stimmen: Verband 175, Gewerkverein 30. Bei der letzten Wahl am 4. April 1911 erhielten: Verband 80, Gewerkverein 41. Der Verband hat 95 Stimmen zugenommen, der Gewerkverein 11 Stimmen verloren. Trotzdem behaupten die Christlichen, nur sie allein besäßen das Vertrauen der Masse.

Solidaritätserklärung der englischen Transportarbeiter. Der englische Transportarbeiterverband faßte am Freitag folgenden Beschluß: „Der Exekutivausschuß wird beauftragt, sich mit der Bergarbeiterföderation in Verbindung zu setzen, um dieser jede als notwendig erachtete Hilfe zu geben. Dieser Beschluß wird von dem Sekretär so ausgelegt, daß der Transportarbeiterverband nicht nur den Transport inländischer oder ausländischer Kohle verhindern, sondern auch unter Umständen einen Sympathiestreik anordnen wird.

Kommunales.

Kommunale Kinderfürsorge in Bayreuth. Auf sozialdemokratische Anregung hin hat die Stadt Bayreuth seit 1. Februar — zunächst für die Wintermonate — die Speisung der Schulkinder unbemittelter Eltern durchgeführt, da festgestellt wurde, daß mehrere hundert Kinder selbst im Winter kein warmes Mittagessen erhalten. Die Kosten einer Mahlzeit, (bestehend aus Suppe, Fleisch und Brot) sind auf 15 Pfennig berechnet. An der Speisung können auch Kinder bemittelter Eltern teilnehmen, doch sind in diesem Falle für die Mahlzeit 15 Pfennige zu bezahlen. Die Kosten der Schulspeisung sind auf nur 2000 Mk. jährlich veranschlagt. Der Jugendfürsorgeverband in Bayreuth — eine aus gemeindlichen, staatlichen und privaten Zuschüssen unterhaltene Vereinigung — hat für Kinder von 1 bis 6 Jahren ständige unentgeltliche ärztliche Untersuchungen ermöglicht. Beim Eintritt in die Volksschule beginnt dann die — freilich die noch sehr unvollkommene — Tätigkeit des Schularztes. Da auch die Säuglingsfürsorge in Bayreuth verhältnismäßig gut ausgebaut ist, steht jetzt dort das Kind bis zum Austritt aus der Volksschule unter unentgeltlicher ärztlicher Aufsicht. Leider gibts aber keine ärztliche Behandlung umsonst. Infolgedessen bleiben die Vorteile der neuen Einrichtung mitunter sehr problematischer Natur.

Zweckverband Köln-Mülheim. Nachdem in Preußen das Zweckverbandsgesetz Gültigkeit erlangt hat, tritt jetzt außer in Berlin auch am Rhein seine Wirksamkeit in die Erscheinung. Die Stadtverordneten von Köln beschlossen einstimmig, mit dem benachbarten Mülheim die großen gemeinsamen Wirtschaftsaufgaben zu lösen, insbesondere den Bau einer neuen festen Rheinbrücke zwischen Köln und Mülheim zu beschleunigen.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Beckerprozeß. In dem Beleidigungsprozeß des Rittergutsbesitzers Becker, der seinerzeit wegen Beleidgung pommerscher Landräte und Regierungspräsidenten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, welche Strafe dann in einem zweiten Prozeß auf drei Monate herabgemindert wurde, stand am Sonnabend Termin vor dem Reichsgericht an. Becker hatte auch gegen das zweite Urteil Revision angemeldet. Die Revision wurde verworfen. Es bleibt also bei der letzten Strafe — vorausgesetzt, daß sie dem Rittergutsbesitzer nicht im Gnadenwege erlassen wird.

Jagdpächter und Kleinbauer. Als bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten, dafür zu sorgen, daß die Jagdeigentümer bezw. Jagdpächter für jeden durch Wild verursachten Schaden haftpflichtig gemacht werden könnten, da wehrten sich die Konservativen mit Händen und Füßen dagegen. Der Antrag fiel. Welche traurige Folgen das für Kleinbauern hat, geht wieder aus einer Verhandlung hervor, die sich in diesen Tagen vor dem Schöffengericht in Jüterbog abspielte. Angeklagt waren der Landwirt Lehmann und der Sohn des Landwirts Ehrenberg aus Welsigkendorf wegen Übertretung des Jagdgesetzes. Beide sind geständig, ersterer auf dem eigenen Grundstück mit einem Frettchen, letzterer auf dem Grundstück seines Vaters mit einem „Eisenteller" dem Fang von wilden Kaninchen obgelegen zu haben, ohne im Besitz einer Erlaubnisbescheinigung des Jagdpächters, des Rittergutsbesitzers Salomon-Gräfendorf, gewesen zu sein. Beide erklären, zur Selbsthilfe gegriffen zu haben, um ihre Saat und spätere Ernte zu retten. Der Jagdpächter komme der ihm vertraglich obliegenden Verpflichtung, den Wildbestand auf dem Jagdgelände jährlich fünfmal nach Möglichkeit abzuschießen, nicht nach. Die Kaninchen hätten bereits so überhandgenommen, daß ganze Felder kahl gefressen worden seien. Der Angeklagte Lehmann beziffert den ihm dadurch entstandenen Schaden auf mindestens 2000 Mk. Amtsanwalt und Amtsrichter bedauern lebhaft, daß eine Verurteilung erfolgen müsse. Im übrigen könnten die Angeklagten für den erlittenen Schaden nach dem Gesetz den Pächter nicht regreßpflichtig machen. Das Gericht erkannte auf 30 Mk. bezw. 10 Mk. Geldstrafe. — Die Vertreter des Grundbesitzes haben wirklich ihre Gründe gehabt, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

Nette Vorgesetzte. Das Dresdener Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Päsel vom Inf.-Reg. Nr. 102 in Zittau wegen Anborgens Untergebener unter Mißbrauch der Dienstgewalt und Unterschlagung zu 10 Wochen Gefängnis und Degradation. Der Angeklagte hat in einer Reihe von Fällen Untergebene um erhebliche Geldbeträge angeborgt und sich dabei noch auf Ehrenwort versichern lassen, daß sie niemand etwas davon sagen wollten. Das Geld hat der Herr „Unteroffizier" verjubelt. Auch Wäschegelder, die der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Rekrutenunteroffizier einsammelte, hat er unterschlagen. — Der Sergeant Klossek vom Infanterie-Regiment Nr. 63 in Oppeln war vom Kriegsgericht wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, Betrugs und Unterschlagung gegen Untergebene und Ungehorsam zur Degradition, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Sergeant hatte vom Oktober bis Dezember 1911 Rekruten für Sachen, die er ihnen besorgte, mehr Geld abgefordert und sich Gegenstände bezahlen lassen, die die Rekruten nicht erhalten hatten. Der Anklagevertreter des Oberkriegsgerichts betonte in seinem Antrag auf Verwerfung der Berufung, es sei zu berücksichtigen, daß die Fälle vorkamen gegen unerfahrene Rekruten, die beim Militär eintraten und gleich solche trübe Erfahrungen machten bei Vorgesetzten, mit denen sie zwei Jahre leben sollten. Das Oberkriegsgericht erkannte auf beide Ehrenstrafen und vier Monate Gefängnis.

Die drakonische Strafe. Wegen Fahnenflucht, Einbruchsdiebstahls und Beilegung eines falschen Namens wurde der Soldat Schütze vom 102. Infanterie-Regiment vom Dresdener Kriegsgericht zu vier Jahren Gefängnis, 4 Jahren Ehrverlust, Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und Entfernung aus dem Heere verurteilt. Schütze war aus Furcht vor Strafe fahnenflüchtig geworden, hatte dann einen Einbruch verübt und sich unter falschem Namen längere Zeit in Bayern und im Rheinland aufgehalten.

Die gekränkte Majestät. Dem in Bückeburg garnisonierenden gesamten Jägerbataillon sind in voriger Woche acht Tage Kasernenarrest und Urlaubsentziehung auf die Dauer von vier Wochen zudiktiert worden, weil — einige Jäger den Fürsten nicht gegrüßt haben sollen. Ein probates Mittel, die Leute zum monarchischen Bewußtsein zu erziehen!

Aus Not zur Kindesmörderin geworden! Ein Mordprozeß beschäftigte in diesen Tagen das Schwurgericht in Dessau. Dort hatte sich die 45 Jahre alte Bergmannsehefrau Brandt aus Hecklingen wegen dreifachen Kindesmordes und Mordversuchs an einem vierten Kinde zu verantworten. Die kränkliche Frau hatte aus Not und Verzweiflung im Juni vorigen Jahres ihre vier Kinder im Alter von 10 bis 1½ Jahren nacheinander in die Bode bei Hecklingen gestoßen und war dann den Kindern selbst nachgesprungen. Wiederholt kamen die Kinder an die Oberfläche, die Mutter stieß sie aber immer wieder zurück. Ein Arbeiter, der das Geschrei der Kleinen hörte, eilte schließlich hinzu, zog das älteste Kind aus dem Wasser, half der Mutter aufs Trockene, obwohl diese sich sträubte, und barg die Leichen von zwei Kindern. Das dritte Kind konnte erst nach vierzehn Tagen geborgen werden. In der Verhandlung wurde ein Bild furchtbaren Elends entrollt. Vater und Mutter waren schwer krank, sorgten aber, so gut es ging, für ihre Kinder. Am Tage der Tat war das letzte Stückchen Brot aufgegessen. So kam die Frau auf den Gedanken, mit ihren Kindern in den Tod zu gehen. Das Gericht sprach die Angeklagte von der Anklage des Mordes frei, verurteilte sie aber wegen Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Jahren Gefängnis.

Von Klassenjustiz kann keine Rede sein! Dem Schöffengericht in Hirschberg (Reuß j. L.) gebührt das Verdienst, für die Objektivität unserer Justiz einen sonnenklaren Beweis erbracht zu haben, indem es unmittelbar nacheinander über folgende zwei Fälle entschied: 1. Ein Stickereifabrikant hatte sich wegen mehrerer Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz und die Gewerbeordnung zu verantworten. Er hatte Kinder und Arbeiterinnen wiederholt länger als zulässig beschäftigt. Der Amtsanwalt hielt dem Angeklagten zugute, daß er die gesetzlichen Bestimmungen nicht gekannt habe, da sie erst neueren Datums (!) seien und erst (!) aus dem Jahre 1908 stammten! Er beantragte deswegen insgesammt 11 (elf Mark Geldstrafe, auf die dann auch das Schöffengericht erkannte. — 2. Drei Arbeiter sollten sich des groben Unfugs schuldig gemacht haben. Im Dezember 1910 hatte in dem Dörfchen Pottiga eine von nationalliberaler Seite einberufene öffentliche Versammlung stattgefunden. Während des Vortrages sollen nun einige Arbeiter „sich ungebührlich geräuspert, überlaut Bier verlangt, mit den Füßen gescharrt und sich gegenseitig laut unterhalten haben." Am Schluß der Versammlung brachte der Vorsitzende, Bürgermeister Krämer aus Hirschberg, ein Hoch auf den Kaiser aus. Während der Rufe hoch! hoch! hoch! fielen nun auch die Rufe tief! tief! tief! Der in seinen heiligsten Empfindungen gekränkte Bürgermeister ließ daraufhin „drei der Ausrufe dringend verdächtige Arbeiter feststellen." Die Folge war das Verfahren. In der Verhandlung wurde bekundet, daß die Versammlung in der Gaststube stattgefunden habe. Den drei Angeklagten konnte nichts Positives nachgewiesen werden. Trotzdem beantragte derselbe Amtsanwalt Haftstrafen von fünf und sechs Wochen. Das Gericht erkannte gegen zwei Angeklagte auf je 25 Mark Geldstrafe, gegen den dritten, der „künstlich gehustet" haben sollte, auf 50 Mark Geldstrafe. — Kommentar überflüssig!

Der Himmel hat geholfen.

Der ganze Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nur eine Grundlage kennt, den Profit der Unternehmer, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß reiche Ernten von den Agrariern und ihrem industriellen Anhang als „Unglück" empfunden werden, weil sie die Preise herabsetzen. Dagegen preist man Mißernten als ein Glück und sagt mit frivoler Blasphemie dem Himmel Dank dafür. So ist es am Mittwoch geschehen in einer der vielen agrarischen Veranstaltungen dieser Woche in Berlin, der „Vereinigung zur Hebung des Zuckerverbrauchs". Dort referierte Fabrikdirektor Mattenklott-Breslau über die Lage der Zuckerindustrie. In seiner Darstellung erscheint die große Ernte der Kampagne 1910/11 als ein gefahrdrohendes Unglück. Die voraufgegangene Knappheit an Ware hatte den Preis schön hinaufgetrieben, dann kam der durch die gute Ernte bedingte Preisfall. Das war für die Zuckerbarone schmerzhaft. Aber noch weiteres Unheil war im Anzuge. Die Anzeichen eines guten Ertrages im Jahre 1911/12 ließen befürchten, daß sich die niedrigen Preise längere Zeit würden halten lassen. Doch die Sorge erwies sich als unbegründet. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." bemerkte der Referent:

„Aber der Himmel hatte ein Einsehen und eine unglaubliche Dürre vernichtete einen großen Teil des Anbaues — — —"

Weiter meinte der Gemütsmensch, die allgemeine Mißernte sei ja für große Strecken des Landes bedauerlich und schmerzlich, aber für die Zuckerindustrie hatte sie doch den „Vorteil, vor einer Überproduktion und Entwertung zu bewahren, so daß die allgemeine Lage der Zuckerindustrie eine günstige geworden ist". Das ist ein echt kapitalistisches Glaubensbekenntnis! Der Profit der Zuckerindustriellen war in Gefahr, aber der Himmel hatte ein Einsehen, er sandte eine Dürre, die Not und Elend in Millionen Familien hineintrug. Aber den Zuckerbaronen brachte sie eine gute Konjunktur. Lob und Preis dem einsichtsvollen Himmel! Zur Illustration der Inanspruchnahme des Himmels für Profitinteressen diene folgende Übersicht über die Bewegung der Zuckerpreise. Es kostete nach der Notierung in Magdeburg ein Doppelzentner Raffinade 1906: 38,80 Mk., 1907: 38,30 Mk., 1908: 40,80 Mk., 1909: 41,67 Mk., 1910: 47,38, 1911: 46,28 und im Durchschnitt des Monats Januar 1906: 35,46 Mk., 1907: 36,83 Mk., 1908: 39,38 Mk., 1909: 39,44 Mk., 1910: 46,44 Mk., 1911: 37,75 Mk. und 1912: 53,38 Mk. Gegenüber dem Januar vorigen Jahres war Zucker im vergangenen Monat also um 15,63 Mk. gleich **41 Prozent** im Preise gestiegen. Zwar gehört nach der christlichen Lehre der Lebensmittelwucher zu den schlimmsten Todsünden, aber dem aus Profitsorgen beklommenen Herzen entringt sich ein Dankseufzer für den Himmel wegen der zur rechten Zeit gesandten Dürre, die eine so hübsche Preistreiberei möglich machte.

Aus Nah und Fern.

Massenerkrankungen in der Kaserne. Im Laufe des Freitag erkrankten nachmittags und abends in der Kaserne der Potsdamer Unteroffizierschule 175 Mann. Bei den Erkrankten zeigten sich die Symptome der Vergiftung. Die Ärzte, die rasch zur Stelle waren, wendeten sofort Gegenmittel an, mit dem Erfolg, daß die meisten der Erkrankten sich bald wieder erholten. Die Verwaltung nimmt an, daß es sich um eine Nahrungsmittelvergiftung handelt. Die Erkrankten haben versichert, daß sie keine anderen Nahrungsmittel zu sich genommen haben als die, die ihnen in der Kaserne verabreicht worden sind. — Auch in der Nacht zum Sonntag sind sieben leichte Erkrankungen vorgekommen.

Mädchenräuber. Im Deutschen Reichstage waren sich am Freitag bei der Beratung des internationalen Übereinkommens über den Mädchenhandel alle Parteien darin einig, daß mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln gegen diese infame Kuppelei vorgegangen werden müsse. Einen furchtbaren Beitrag zu diesem Kapitel liefert ein Mädchenraub an der sächsisch-böhmischen Grenze, dessen entsetzliche Einzelheiten erst jetzt bekannt werden. Vor einigen Wochen machte ein kaum den Kinderschuhen entwachsenes 15 Jahre altes Mädchen an der Elbe bei Tetschen unmittelbar an der sächsisch-böhmischen Grenze einen Spaziergang. Plötzlich gesellte sich zu der Ahnungslosen ein elegant gekleideter Mann, redete das Mädchen an und stellte einige harmlose Fragen an dasselbe. Als der Fremde erfahren hatte, daß das Mädchen die Toch-

Der angesehener Mann war und in einem Kontor eine Stellung inne hat, machte er den Vorschlag, das Mädchen solle zu ihm nach Saaz in eine wesentlich bessere Stellung kommen. Hocherfreut willigte es ein und nach wenigen Tagen reiste es ab, um die neue Stelle als „Privatsekretärin" anzutreten. Am Bahnhofe in Saaz wurde das Mädchen von dem neuen Chef in Empfang genommen und in einer Droschke nach dessen Hause geleitet. Es erhielt zunächst ein elegantes Zimmer angewiesen und bekam dann den Besuch der Frau des Hauses, um an den gemeinsamen Mittagstisch geführt zu werden. Eine furchtbare Ahnung stieg aber in dem fünfzehnjährigen Mädchen auf, als es sich plötzlich im Kreise von mehreren geschminkten Mädchen erblickte. Das Kind war in ein Freudenhaus geraten. Alle verzweifelten Anstrengungen, das Haus, das sich den stolzen Namen „Zur goldenen Nuß" beigelegt hatte, wieder zu verlassen, waren erfolglos. Das Mädchen war eine Gefangene, es durfte weder die Straße betreten noch ein Fenster öffnen. Der Mädchenräuber samt seiner Ehefrau zwangen das Kind, Männer zu empfangen, andernfalls wurden ihm Prügel in Aussicht gestellt. So vergingen mehrere Wochen der Gefangenschaft. Zuletzt packte es die Verzweiflung und in einem unbewachten Augenblick ergriff es fast unbekleidet die Flucht. Nur wenige Kleidungsstücke raffte sie noch schnell zusammen, die sie in ein Bettuch packte. Das Mädchen gelangte auch auf den Bahnhof und sprang ohne Fahrkarte in einen bereitstehenden Zug. In diesem Augenblicke erschien auf dem Bahnsteige laut schreiend die Inhaberin des Freudenhauses und als sie die Flüchtige erblickte, holte sie einen Polizisten herbei, beschuldigte das Mädchen des Diebstahls und ließ es verhaften. Die Unglückliche mußte den Zug wieder verlassen und wurde dem Gefängnis zugeführt, um sich wenige Tage später wegen Diebstahls zu verantworten. Die Gerichtsverhandlung brachte nun die furchtbaren Leiden des 15jährigen Kindes an das Licht. Das Gericht sprach natürlich die Unglückliche frei, beschloß aber, gegen den ehrenwerten Besitzer des Hauses „Zur goldenen Nuß", Josef Wegeneck, und dessen Frau die Untersuchung wegen Kuppelei usw. einzuleiten.

Die neueste Entdeckung der Arbeiterorganisationsfeinde. Durch die gesamte arbeiterfeindliche Presse schwindelt jetzt eine Notiz über die zunehmende Vergnügungssucht der Arbeiterorganisationen unglaubliches Zeug zusammen. In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung", dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, der „Deutschen Tageszeitung" — allüberall hat man plötzlich entdeckt, daß in etlichen Berliner Reichstagswahlkreisen sonntägliche Zusammenkünfte stattfinden, bei denen nach einem politischen Vortrag — man denke — getanzt wird! Die sogenannten gemütlichen Zusammenkünfte, die dazu dienen, daß sich die Genossen und ihre Frauen persönlich näher kommen, daß sie Gelegenheit haben, gute Vortragskunst, auch Arbeitergesänge anzuhören, und im besonderen, daß die wochentags abend zumeist zu Haus unabkömmliche Arbeiterfrau auch Gelegenheit hat, sich einen Vortrag anzuhören — diese Einrichtungen sind nicht nur in Berlin, sondern nahezu in allen Großstädten und Städten seit mindestens einem Jahrzehnte selbstverständliche Einrichtungen! Die Entdeckung der Arbeiterfeinde kommt also reichlich 120 Monate zu spät! Ähnlich steht es mit den gewerkschaftlichen Stiftungs- und Sommerfesten. Diese sind durch die gewerkschaftlichen Bildungsausschüsse längst in ihrer übergroßen Mehrzahl zu künstlerischen Unterhaltungsabenden ersten Ranges geworden. Hier wird dann den Arbeitern und ihren Frauen etwas geboten, was sie sonst wohl zumeist auch nicht für teures Geld haben könnten. Nun, das werden die Arbeiterfeinde nie begreifen — lassen wir ihnen das billige und reichlich naive Vergnügen, über diese „Vergnügungssucht" der Arbeiter zu zetern.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich bei einer Faustaufführung am Stadttheater in Trier. In der Hexenküchenszene schlug der als Mephisto gastierende Hans Godeck vom Mannheimer Hoftheater so unglücklich auf die Töpfe, daß eine Scherbe den dirigierenden Kapellmeister Sander ins Auge traf und den Augapfel spaltete. Der ohnmächtige Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt und operiert. Das Auge ist wahrscheinlich verloren.

Die Darlehnsbetrügereien des verhafteten Landgerichtsrats Dr. Walter Snell in Dresden haben nach den bisherigen Feststellungen die Höhe von etwa 60 000 Mark erreicht. Die Zahl der Gläubiger beläuft sich auf etwa fünfzig. Snell hat im Dresdener Gesellschaftsleben eine hervorragende Rolle gespielt. Er verkehrte in den angesehensten Kreisen der Stadt und wurde auch verschiedentlich zu den Hoffestlichkeiten zugezogen. Snell galt auch als einer der befähigsten Juristen. Seine mißlichen finanziellen Verhältnisse datieren schon seit längerer Zeit. Die Affäre hatte sich bereits vor Jahren einmal so zugespitzt, daß er aus dem Staatsdienst entlassen werden sollte. Snell gelang es aber damals noch, sich aus der Schlinge zu ziehen, bis ihm jetzt die Schulden über den Kopf gewachsen sind. Snell hatte große Einkünfte und war auch von Haus aus nicht unvermögend. Seine kostspieligen Neigungen verschlangen aber so viel Geld, daß er schließlich sogar das Vermögen seiner Mutter und Schwester angriff. Er hatte Beziehungen zur Lebewelt und unterhielt zahlreiche Verhältnisse mit Bühnenkünstlerinnen, besonders mit einer bekannten Dresdener Operettendiva. Er unternahm wiederholt Reisen nach Monte Carlo. Früher war Snell, wie schon mitgeteilt, Vizekonsul in Chicago und eine Zeitlang Regierungsassessor beim Auswärtigen Amt in Berlin.

Im Komposthaufen erstickt. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Neu-Krawen im Kreise Stolp. Der bei der Besitzerin Gerke dort bedienstete Otto Noffz war mit dem Aufladen von Kompost beschäftigt. Der ziemlich große Komposthaufen, den der Knecht unterminiert hatte, stürzte plötzlich ein und begrub Noffz unter sich. Der verunglückte Knecht konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Vom eigenen Vater ermordet. Bei dem holländischen Grenzorte Beek wurde in der Nähe eines Wäldchens ein siebenjähriges Mädchen ermordet aufgefunden, und unter dem Verdacht der Täterschaft wurde ein Arbeiter verhaftet, der in Gesellschaft des Kindes gesehen worden war. Die Untersuchung hat nun eine aufsehenerregende Wendung genommen. Auffallend war es zunächst, daß die auf die Spur gesetzten Polizeihunde diese immer wieder bis zum Elternhause verfolgten. Aus den Aussagen der Geschwister der Ermordeten ging hervor, daß die Kleine von dem Bestellgang, auf dem sie angeblich ermordet wurde, ins Elternhaus zurückgekehrt ist. Der Vater hatte das Kind gezüchtigt, weil es so spät gekommen war, worauf es in der Richtung des Tatortes floh. Der Vater verfolgte das Kind und kam später allein zurück. Man nimmt an, daß der Vater sein eigenes Kind totgeschlagen hat. Beide Eltern wurden verhaftet. Der verhaftete Arbeiter konnte sein Alibi nachweisen und wurde aus der Haft entlassen.

Ein entsetzliches Familiendrama hat sich in Leipzig-Lindenau abgespielt. Dort erschoß die Frau des Drechslers Otto Kliebe ihre beiden noch unmündigen Kinder und nahm sich dann selbst das Leben. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß die bedauernswerte Frau vor wenigen Tagen einen elfjährigen Sohn durch Krankheit verlor und dann wahrscheinlich wahnsinnig wurde.

222 Menschen erfroren. Schwere Folgen hatte ein Schneesturm, der im Gouvernement Omsk wütete. Wie aus Petersburg depeschiert wird, sind bei dem Unwetter 222 Menschen erfroren.

Einsturzkatastrophe in London. In London hat sich Sonntag ein schweres Unglück zugetragen. In dem Elektrizitätswerk von Blackfriars war, um für den Fall eines Streikes Vorsorge zu treffen, eine ungeheure Menge Kohlen aufgehäuft worden. Der hohe Kohlenberg verursachte den Einsturz einer Mauer; die mehrere Kinder unter ihren Trümmern begrub. Bisher sind zwei Leichen und zwei Schwerverletzte aus dem Schutt herausgezogen worden.

Kleine Nachrichten. In dem Fabrikgebäude der Sauerstoff-Industrie Aktiengesellschaft in Wilmersdorf erfolgte aus unaufgeklärter Ursache eine Explosion. Ein Arbeiter wurde getötet, ein anderer leicht verletzt. Das Fabrikgebäude und die innere Einrichtung sind vollständig zerstört worden. — Infolge Arbeitslosigkeit und Krankheit haben sich in Berlin ein Zigarrenmacher und dessen Schwester mit Leuchtgas vergiftet. Herrliche Gesellschaftsordnung! — Der in einer Berliner Großbank angestellte Depotverwalter W. verübte nach dem Berliner Lokalanzeiger, nach Unterschlagung von Wertpapieren in Höhe von 40 000 Mark, einen Selbstmordversuch, indem er sich einen Schuß in die rechte Schläfe beibrachte. Er ist bisher nicht vernehmungsfähig. — In der Provinzialirrenanstalt zu Preußisch-Stargard sind bis jetzt 200 Erkrankungen und 30 Todesfälle an Typhus festgestellt worden. — Das Schwurgericht in Graudenz verurteilte die Witwe Koepert wegen Giftmordes, begangen an ihrem Manne, zum Tode. Von der Anklage, auch ihre alten Eltern vergiftet zu haben, wurde sie freigesprochen. — Der Getreidehändler Just hat die landwirtschaftliche Genossenschaftskasse in Loburg um rund 600 000 Mark geschädigt. Kaum 30 Prozent der Forderungen dürften gedeckt werden. — In der Nacht zum Sonnabend ist es in Duisburg zwischen einem Trupp Polen und einigen Polizeibeamten zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Die Polizisten mußten, um sich der Angreifer zu erwehren, die mit Messern und Stöcken auf sie eindrangen, von der Waffe Gebrauch machen. Drei Polen und ein Polizeibeamter wurden erheblich verletzt. Als dann verstärktes Polizeiaufgebot erschien, flohen die Angreifer. Drei derselben wurden festgenommen. — In der Nacht zum Sonntag brannte eine Mühle in dem Hohenzollernschen Dorfe Tischingen nieder. Der Müller Linsenmann, seine Frau und vier Kinder sind dabei verbrannt; zwei Söhne konnten gerettet werden. Ein Knecht brach beide Füße. — Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Militärschießplatz Neu-Freimann unweit München. Der als Zähler beschäftigte Infanterist Grandl von der vierten Kompagnie des zweiten Infanterieregiments wurde, als er hinter einer Deckung stand, von einem Geschoß am Hals getroffen. — Nach einer Drahtnachricht aus Riga vom Sonnabend stehen die drei Walzabteilungen und der Maschinenraum der Waggonbauanstalt Phönix in Flammen. Der Schaden wird schon jetzt auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt. — Corriere d'Italia meldet aus Neapel: Der Dampfer „Montenegro" der Societa Nationale und der Dampfer „Therapia" des Nordd. Lloyd, der von Alexandrien kam und zahlreiche Passagiere an Bord hatte, sind im Hafeneingang zusammengestoßen. Unter den Passagieren entstand eine Panik. Die Beschädigungen der Dampfer sind sehr leicht. Der Hafenkommandant hat eine Untersuchung eingeleitet, um die Verantwortlichen festzustellen. — Zwei aus dem Gerichtsgefängnis zu Petrowatz entsprungene Sträflinge flüchteten in den Keller eines Bauernhauses im Dorfe Brupaja. Sie wurden von Gemeindebeamten zur Übergabe aufgefordert, antworteten jedoch mit Revolverschüssen durch die Kellertür, die den Gemeindediener Jwakowitsch tot niederstreckten. Auf der Flucht wurden beide niedergeschossen. — Wegen Raubmordes, begangen an dem Hausbesitzer Kondella, verurteilte das Kriegsgericht in Prag den 22jährigen Alfred Fauk zum Tode durch den Strang.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Gesucht zu sofort
Tagesmädchen zur Aushilfe.
Grühn, Adlerstraße 35.

Eine in Lübeck seit 10 Jahren bestehende **Klempnerei und Installationsgeschäft** mit fester Kundschaft ist wegen Übertritt zu einem Kompagniegeschäft nach auswärts für Handwerkszeugpreis zu verkaufen. Ang. u. **K E** an die Exped. d. Bl.

Wegen Familienfeier ist mein Geschäft morgen Dienstag, den 27. Februar, geschlossen.
H. Staass, Friedenstraße 49.

Gute **Magn.-bonum-Eßkartoffeln**, 10 Pfd. 55 Pfg., 100 Pfd. 5 Mk., gelbe Magdeburger Kartoffeln, 10 Pfd. 60 Pfg., 100 Pfd. 5 Mk., bei Abnahme mehrerer 100 Pfd. billiger. Frische Trinkeier St. 10 Pfg. empf.
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.60** Mk.

Herren-Sohlen . . . . . 2.30 M.
Damen-Sohlen . . . . . 1.40 M.
Herren-Absätze . . . . . 0.75 M.
Damen-Absätze . . . . . 0.50 M.
Kinder-Sohlen u. Absätze v. 1 M. an.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Achtung!
Geschäftskutscher und Lagerarbeiter!
Die Versammlung am Dienstag fällt aus. Dafür am Donnerstag abend 8½ Uhr. Tag.-Ordn.: Verschiedenes.
Der Sektionsleiter.

Beim Genuß von Margarine fragen man nur die erste Marke
„Siegerin"
„Palmalo"
„Mohra"

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint dreimal wöchentlich
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, La Lobby 40. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Stelzhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
L. Isenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Veit, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
L. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
M. Pasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lüttgau, Warendorpstr. 20. Fischbrücke 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Meiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper H. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxferd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 43.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kleeke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Lorkowski, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Fortschritt", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Hemd- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Wasserstr., Pelzerstr. 1c.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb. Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Scheber, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe., Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reber, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

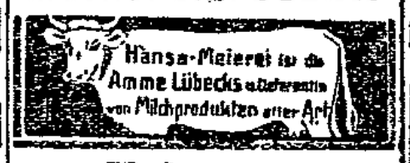
Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Rudolfsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stoch, Möbel-Fabrik, Moisling, Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte


Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Bickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 26 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 98.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 43.
M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Boelcke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 24
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Wilh. Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxferd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!